

Palästina Journal

Ausgabe 7 · November 2013
Zeitung der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft



Widerstand in Palästina

In der Negev-Wüste
Gefangene

Kommentare

EU zu Siedlungen
Preisverleihung im Doppelpack?

Weltweite Solidarität

Gazas Arche
Als OP-Schwester in Palästina

FREEDOM FOR MARIANNA
& ALL PALESTINIAN

IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeber

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
Postfach 15 04 26; 10666 Berlin
Hektorstraße 17, 10711 Berlin
dpg@dpg-netz.de; www.dpg-netz.de

Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Duisburg)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Ingrid Koschorreck (Berlin)
Dr. Detlef Griesche (Bremen)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Dieter Neuhaus (Frankfurt)
Petra Schöning-Raspe (Köln)
Jürgen Sendler (Berlin)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Druckhaus **Köhler**
Harsum GmbH

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2013 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen
zu können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
Konto-Nr. 100339210 · BLZ 370 605 90
BIC: GENODE33SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

gefördert durch

Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst

Titelbild

Gaza, 15. August 2012, Demonstration für poli-
tische Gefangene nach dem wöchentlichen Sit-
in vor dem Gebäude des Internationalen Roten
Kreuzes in Gaza. Auf dem Plakat zu sehen ist
der Parlamentarier und ehemalige Fatah-Ge-
neralsekretär in der Westbank Marwan Barghouti.
FOTO // JOE CATRON

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 7 · November 2013



- 03 Bericht // Frei: Mahmud Sarsak**
- 05 Nachrichten aus Palästina // Verhandlungen**
- 08 Deutsche und EU-Nahostpolitik // EU-Leitlinie zu Siedlungen**
- 09 Kommentare // EU, Preisverleihung**
- 10 Aktivitäten // Druck auf Palästina-Veranstaltungen**
- 11 Schwerpunkt // Vertreibung von Beduinen (Prawer-Plan)**
- 14 Schwerpunkt // Palästinensische Kinder in israelischer Haft**
- 17 Weltweite Solidarität // Als OP-Schwester in Gaza**
- 20 Bücher und Filme // Palästina Reisehandbuch**
- 22 Projekthilfe // Atfaluna Schule**
- 23 Kunst und Kultur // Haftzeit auf „Nummernfriedhöfen“**

Widerstand in Palästina

FOTO // JOE CATRON



Fußball-Nationalspieler Mahmud Sarsak

Liebe Leserinnen und Leser,

Tausende von politischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen sind auch ein Ausdruck des Widerstandes gegen die Besatzung in Palästina. Im Frühjahr 2012 sind sie massenhaft in Hungerstreik getreten. Ein Jahr später waren jedoch immer noch über 5000 Palästinenser inhaftiert, darunter auch Parlamentarier und Kinder. Lesen Sie dazu mehr in dieser Ausgabe.

Außerdem haben wir für Sie wieder neue Nachrichten zusammengestellt, etwa über die neue EU-Leitlinie, nach der zukünftig die EU keine israelischen Siedlungen mehr fördern will.

Über Ihre Rückmeldungen freuen wir uns.

Die Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Frei durch Hungerstreik: Mahmud Sarsak

Fußball-Nationalspieler war ohne Anklage und ohne Prozess inhaftiert

Der palästinensische Nationalspieler Mahmud Sarsak aus Gaza hatte einen Profi-Vertrag mit einem Fußball-Club in der Westbank und eine Genehmigung der israelischen Behörden für seinen Transfer in die Westbank erhalten. Dennoch wurde er von israelischen Soldaten am 22. Juli 2009 am Grenzübergang Erez verhaftet. Dreißig Tage lang wurde er danach in Ashkelon verhört. Nach einem 96-tägigen Hungerstreik ist der Fußballer schließlich am 18. Juni 2012 freigelassen worden. Die für die Entwicklung eines Fußball-Profis wichtige Zeit zwischen 21 und 24 Jahren war er eingesperrt.

Sarsak ist im Flüchtlingslager bei Rafah aufgewachsen. Im dortigen Fußball-Club trainierte er und schaffte es von dort bis in die Jugendnational-

elf, in die Nationalmannschaft und ins Olympische Team. Er spielte im Mittelfeld und als Rechtsaußen. Seine Vorbilder sind der ehemalige italienische Nationalspieler Del Piero und der Ägypter Mohamed Aboutrika. Sarsak trainiert inzwischen wieder. Acht Monate hat es nach seiner Freilassung gedauert, bis er dazu wieder in der Lage war. Zu viel Gewicht hatte er verloren, und seine Muskeln waren abgebaut.

Über seine Verhöre berichtet Sarsak gegenüber einem britischen Journalisten: „Sie befragten mich mehrere Tage lang, ohne mich schlafen zu lassen. Ein Verhör ging über 14 Stunden, dann banden sie mich mehrere Stunden auf einen Stuhl in einem Raum mit lauter Musik, dass ich nicht schlafen konnte, und dann begannen sie von

neuem. Manchmal, wenn sie mich auf dem Stuhl festhielten, haben sie auch den Raum in einen Kühlschrank verwandelt. Es war minus 12 oder minus 15 Grad kalt. Wenn ich dann fast das Bewusstsein verlor, haben sie mich ins Krankenhaus gebracht, damit sie mich wieder befragen konnten. Die ersten 45 Tage waren am schlimmsten: es gab psychische, physische und verbale Folter. Dann kam ich acht Monate lang in eine Zelle mit anderen Gefangenen. Dann wurde ich wieder zwölf Tage verhört und gefoltert.“ Die israelischen Behörden wendeten auf Sarsak das „Illegale-Kämpfer-Gesetz“ an. Die Gefangenenhilfsorganisation Addameer schreibt, dieses Gesetz biete den Gefangenen noch weniger Schutz als die „Administrativhaft“.

Während des Hungerstreiks hatten sich auch der Weltfußballverband FIFA und andere internationale Organisationen eingeschaltet, um Sarsaks Freilassung zu fordern. Er war dennoch nicht unter den Freigelassenen, als der Massen-Hungerstreik anderer palästinensischer Gefangener am 14. Mai zu Ende ging. Er stimmte weder einer Deportation nach Norwegen zu noch einer mündlichen Vereinbarung. Sarsak sagt rückblickend: „Während meines Hungerstreiks kam ich dem Tode nah und als ich heraus kam, fühlte ich mich wie wieder geboren. Ich war so glücklich meine Freiheit zu haben und meine Familie wieder zu sehen. Gleichzeitig war ich traurig, meine Brüder, die im Gefängnis leiden, zu verlassen.“ *röm*

Sarsaks Mutter: „Die israelischen Besatzungs- kräfte haben uns nicht erlaubt ihn zu besuchen.“

Anfang 2009 erhielt mein Sohn eine Einladung von der Palästinensischen Fußballvereinigung und dem Balata Jugend Club in der Westbank, um im Club-Fußballteam zu spielen. Aufgrund der Einladung koordinierte die Palästinensische Fußballvereinigung und das Ministerium für Zivile Angelegenheiten in Ramallah mit der israelischen Seite, damit mein Sohn vom Gazastreifen durch Beit Hanoun (Erez) in die Westbank reisen konnte. Am 22. Juli 2009 ging mein Sohn zum Grenzpunkt Erez, um in die Westbank zu reisen, nachdem er die Erlaubnis der israelischen Besatzungsbehörden erhalten hatte. Als er in Erez ankam, haben ihn Soldaten verhaftet. Wir wurden durch einen Anruf des israelischen Geheimdienstes über seine Gefangennahme informiert. Wir wandten uns an das Rote Kreuz und an mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter das Palestinian Centre for Human Rights und das al-Mezan Centre for Human Rights. Letzteres stellte Rechtsanwalt Muhammad Jabarin, der den Fall meines Sohnes verfolgen sollte. Rechtsanwalt Jabarin sagte uns, dass mein Sohn im Ashkelon Gefangenen- und Verhörzentrum 30 Tage lang festgehalten wurde, während dessen er intensiv über seine Mitgliedschaft in der islamischen Jihad Bewegung verhört wurde. Jedoch hat mein Sohn diese Beschuldigungen nicht bestätigt.

Nach Angaben des Rechtsanwalts hat der israelische Geheimdienst am 3. August 2009 eine Anweisung auf Administrativhaft (Haft ohne Anklage oder Gerichtsprozess) unter dem „Illegale-Kämpfer-Gesetz“ ausgestellt. Dann wurde mein Sohn in das Ketziot Gefängnis im Negev verlegt, wo er seine Haft verbrachte. Seine Administrativhaft wurde bei verschiedenen Gelegenheiten erneuert. In der Zwischenzeit ist mein Sohn nicht vor Gericht gebracht worden und die Dauer seiner Haft wurde nicht festgesetzt. Seit seiner Verhaftung haben die

Joseph S. Blatter

FOTO // AGÊNCIA BRASIL, ROOSEWELTPINHEIRO



FIFA-Präsident Joseph S. Blatter bei seinem Besuch im besetzten Palästina im Sommer 2013.

„Wir werden Ihnen helfen. Der Fußball wird Ihnen helfen. Ich habe Sie ins Herz geschlossen. Ich befinde mich auf einer sportdiplomatischen Mission und versuche den israelischen Stellen die Probleme nahe zu bringen, mit denen der Fußball hier konfrontiert ist, insbesondere was die Ein- und Ausreise von palästinensischen Spielern betrifft. Ich werde für Ihr Anliegen kämpfen. Der Fußball soll keine Grenzen schaffen, sondern die Menschen zusammenbringen.“

israelischen Besatzungskräfte uns nicht erlaubt, ihn zu besuchen oder mit ihm zu telefonieren. Wir versuchten oft, ihm Bücher und Kleidung über das Rote Kreuz zu schicken, aber die israelischen Behörden verweigerten es auszuliefern. Am 19. März 2009 berichteten die Medien, dass mein Sohn Mahmud erklärt hat, dass er im Hungerstreik ist. Rechtsanwalt Muhammad Jabarin bestätigte uns, dass mein Sohn erklärt hatte, im Hungerstreik zu sein, um gegen seine fortwährende Haft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren zu protestieren. Mein Sohn verlangte augenblicklich frei gelassen zu werden. Nach Angaben des Rechtsanwalts wurde Mahmud am 8. April 2012 vom Negev Gefängnis in Isolationshaft in das Bir al-Sabe Gefängnis verlegt. Am 16. April 2012 wurde er in die al-Ramla Gefängnis klinik transportiert, nachdem sich sein Gesundheitszustand verschlechtert hatte.

KHALDIYYA AHMAD 'ATAYASARSAK

SPORT IM BELAGERUNGSZUSTAND

Ein Spielbetrieb in der gesamtpalästinensischen Liga ist nach wie vor ausgeschlossen – die Westbank und Gaza sind getrennt, Transfers zwischen den beiden Gebieten so gut wie unmöglich. Selbst Ligaspiele innerhalb der Westbank scheitern immer wieder: Für eine einstündige Anfahrt zum Gegner nehmen sich die Spieler etwa drei Stunden Zeit – falls sie wieder mal von Grenzkontrollen gestoppt und festgehalten werden. Auch durch Profifußball wollen die Palästinenser unabhängig werden. Doch Schikanen behindern die Profis, schreibt Stephan Knieps in der Zeit.

Nachrichten aus Palästina

PALMBLÄTTER NACH ISRAEL

Zum ersten Mal seit der Verhängung der Blockade über Gaza im Jahr 2007 durften zwei Palmblatt-Ladungen für das jüdische Laubhüttenfest den Gazastreifen nach Israel verlassen, teilte UN Ocha mit. Die Besatzungsmacht Israel verbietet aber weiterhin grundsätzlich den Export aus Gaza. Bislang durften in diesem Jahr gerade mal 79 LKW-Ladungen mit landwirtschaftlichen Produkten den Gazastreifen verlassen. Im ersten Halbjahr 2007, vor der israelischen Blockade, hatten noch 5.700 LKW-Ladungen Güter Gaza in Richtung Westbank und Israel und ins Ausland verlassen.

GEFAHR DURCH LANDMINEN

Im besetzten Palästina sind immer noch Landminen verlegt. Darauf hat der Vertreter Palästinas in Washington, Maan Erekat, hingewiesen: „Die Anzahl an israelischen Landminen liegt zwischen 800 000 und einer Million. Diese hohe Zahl an Landminen stellt eine grosse Gefahr für die Sicherheit der palästinensischen Menschen dar.“

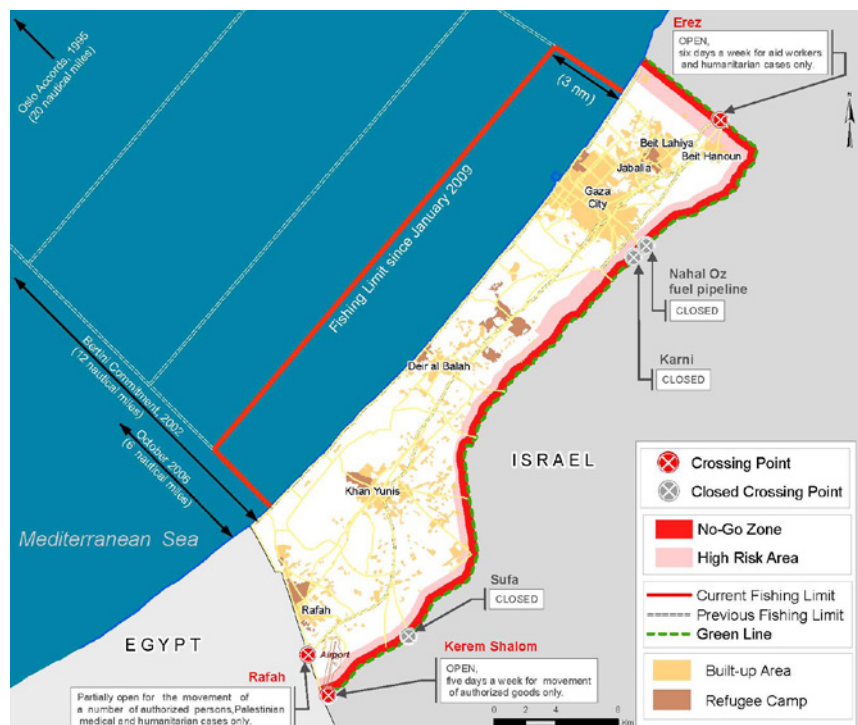
Israel verlegte die Landminen 1967 bei der Eroberung und Besetzung der palästinensischen Gebiete. Die Minenfelder sind überall verteilt, an der Grenze zu Jordanien, an der sogenannten Grünen Linie, um die illegalen jüdischen Siedlungen herum und vor israelischen Militärbasen.

Speziell Kinder sind in Gefahr, beim Spielen in die Minenfelder zu geraten. In den palästinensischen Schulen wird den Kindern beigebracht, wie man Minen erkennt und deren Auslösung vermeidet. Die Gefahr durch Minen die Beine zu verlieren oder getötet zu werden, ist ein ständiger Begleiter der Menschen in Palästina. Private Organisationen wie die „Roots of Peace – Palestine“ räumen mit Hilfe von Spendengeldern Minen rund um die palästinensischen Städte und Dörfer.

Die Ottawa-Konvention von 1997 schreibt die Räumung minenverseuchter Gebiete innerhalb von zehn Jahren sowie die Entschädigung von Minenopfern vor. Bis heute wurde die Konvention von über 160 Staaten ratifiziert. Israel hat nicht unterschrieben.

VERHANDLUNGEN MIT ISRAEL

Seit Ende Juli verhandeln Palästinenser und Israelis wieder miteinander. Die Verhandlungen sind auf neun Monate angelegt. Sie betreffen die Grenzen eines künftigen Palästinenserstaates. Die palästinensische Autonomiebehörde hatte vor Aufnahme der Gespräche gefordert, dass Israel palästinensische Gefangene aus der Haft entlässt. Rund 100 Gefangene sollen frei kommen. Kritik an der Wiederaufnahme der Verhandlungen gab es innerhalb und außerhalb Palästinas (PLFP) und von in Nordamerika lebenden Exil-Palästinensern. Sie kritisieren, dass 20 Jahre nach den Oslo-Verhandlungen die israelische Landnahme voranschreitet. Sie bemängeln vor allem, dass das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge nicht eingelöst ist.



© UN-Ocha

ÄGYPTEN RIEGELT GAZA AB

Die neue ägyptische Militärregierung hat den Gazastreifen abgeriegelt. Während unter der Regierung Mursi jeden Tag rund 1800 Menschen den Grenzübergang Rafah überqueren durften, sind es jetzt weniger als ein Drittel. Auch die Öffnungstage wurden reduziert. Ägypten hatte

auch begonnen, Tunnel, über die Versorgungsgüter nach Gaza gelangen, zu zerstören. Die Warenmengen, die dadurch täglich noch in den Gazastreifen gelangen, haben drastisch abgenommen (von rund 200 Lkw-Ladungen auf 20). Die Benzineinfuhr hat sich auf 20% reduziert.



FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG

Das katholische Menschenrechtsbüro Society of St. Yves in Jerusalem hat darauf hingewiesen, dass in den Jahren 2000 bis 2013 nach Angaben des israelischen Innenministeriums 43% der Anträge auf Familienzusammenführung abgelehnt wurden. Das israelische Innenministerium hat im Zeitraum 2004 bis 2013 auch 24% der Anträge, Kinder einzutragen, nicht anerkannt. Zwölf Kinder sind aus Sicherheitsgründen nicht registriert worden.

WEIBLICHE GEFANGENE

Während der letzten 45 Jahre hat Israel laut der Menschenrechtsorganisation Addameer 10.000 Frauen aus der Westbank und dem Gazastreifen verhaftet. Die Frauen wurden vor allem im Hasharon- und im Damon-Gefängnis innerhalb Israels festgehalten. Der Transfer der Gefangenen aus den besetzten Gebieten nach Israel ist eine Verletzung der Vierten Genfer Konvention. Anfang 2013 waren zwölf Palästinenserinnen, so Addameer, im Hasharon Gefängnis. Die Bedingungen dort sind extrem schwierig: Die Frauen werden in überfüllten Zellen gehalten. Sie sind während ihres Verhörs harten Bedingungen unterworfen, einschließlich Schlägen, Beleidigungen, Drohungen, sexuellen Schikanen und Demütigungen. Oft müssen sie sich degradierender und schmerzhafter Körperdurchsuchungen unterziehen, wenn sie zu Gerichtsverhandlungen gebracht werden – zuweilen als Strafmaßnahme mitten in der Nacht.

MAHSHI AUSGEBÜRGERT

Der bekannte palästinensische Pädagoge Dr. Khalil Mahshi, langjähriger Direktor der „Friends School in Ramallah“ der Quäker und seit einigen Jahren Direktor des UNESCO Instituts für Bildungsplanung (IIEP) wurde von den israelischen Behörden samt Familie de facto „ausgebürgert“. Wie dies zuvor bei Tausenden anderer PalästinenserInnen aus Jerusalem bereits der Fall war, wurde die „Permanent Resident Card“ widerrufen. Damit soll eine weitere, angestammte palästinensische Familie ihr Wohnrecht in Jerusalem verlieren. Diese Vorgangsweise widerspricht dem Völkerrecht, da Ost-Jerusalem seit 1967 besetztes Gebiet ist.

SCHNELLERER AUSBAU DER KOLONIEN

Während im Staatsgebiet Israel die Wohnbautätigkeit um 9% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist, ist die Bautätigkeit in den illegalen israelischen Kolonien im besetzten Palästina um 176 Prozent verstärkt worden. Diese Zahlen, so die israelische Friedensorganisation Peace Now, würden deutlich machen, wo die israelische Regierung ihre Priorität setze, nämlich auf den Ausbau der Siedlungen. Die Siedler, die vier Prozent der israelischen Bevölkerung ausmachen, erhielten einen Zuwachs an Wohnungen in Höhe von 176 Prozent, während der Rest der Bevölkerung, trotz der Sozialproteste, einem Rückgang des Wohnungsbaus ausgesetzt werde.

WEITERE DORFZERSTÖRUNGEN

Die israelische Generalstaatsanwaltschaft hat die Zerstörung von acht palästinensischen Dörfern bei Hebron/Westbank beantragt. Bei den Dörfern handelt es sich um Tabban, Majaz, Sfai, Jinba, Halaweh, Mirkez, Fakheit und Kharuba mit insgesamt rund 1.500 Einwohnern. Wie die israelische Zeitung Haaretz berichtet, sollen die Dörfer zerstört werden, weil sie angeblich in der Nähe eines militärischen Gebietes liegen und die israelischen Streitkräfte den Platz für die Ausbildung ihrer Soldaten brauchen. Die israelische Ziviladministration und die Armee betrachten die Dorfbewohner als Landbesetzer, obwohl es die Dörfer schon seit den 1830er Jahren gibt.

DORF IM JORDANTAL ZERSTÖRT

Die israelische Regierung dringt immer stärker darauf, palästinensisches Land im Jordantal unter israelische Kontrolle zu bekommen. Israelische Bulldozer haben am 16. September ein palästinensisches Dorf im Jordantal zerstört. Über 100 Bewohner sind dadurch obdachlos geworden, wie die palästinensische Nachrichtenagentur Ma'an berichtete. Den Dorfbewohnern von Khirbet Makhoolin Tubas, hauptsächlich Beduinen, sei die Zerstörung ihres Dorfes nicht angekündigt worden, teilte der Bürgermeister des Dorfverbandes mit. Eine Woche davor hatte die israelische Armee das Dorf Fasayil bei Jericho überfallen und Häuser und Ställe beschädigt.

TODESSTRAFE

Auf weltweite Kritik stieß die palästinensische Behörde im Gazastreifen mit ihrer Ankündigung, weitere Todesurteile vollstrecken zu wollen. Seit der Einrichtung der Palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 1994 haben die palästinensischen Gerichte nach Angaben von UN Ocha 140 mal die Todesstrafe verhängt, davon 113 mal in Gaza. Knapp die Hälfte der Todesurteile im Gazastreifen (46%) sind seit der Machtübernahme der Hamas im Jahr 2007 ausgesprochen worden. 29 Todesurteile (27 in Gaza und zwei in der Westbank) sind bislang vollstreckt worden, davon 16 ohne die erforderliche Zustimmung des palästinensischen Präsidenten.

PALÄSTINENSER IN DIE ISRAELISCHE ARMEE?

Palästinensische Christen haben die Ankündigung von Ministerpräsident Netanjahu, zukünftig Christen in die israelische Armee aufzunehmen, scharf kritisiert. Wer von offizieller kirchlicher Seite einen solchen Eintritt in die Besatzungsarmee unterstütze, schädige Kirchen, das nationale Interesse und die Christen, erklärte die christliche Initiative Kairos Palästina in Betlehem.

PALÄSTINENSER IN ISRAELISCHER HAFT

Über 5.000 palästinensische politische Gefangene sind nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Addameer in israelischen Gefängnissen. Von diesen Sicherheitshäftlingen werden 134, darunter neun Mitglieder des palästinensischen Parlaments, in sogenannter „Verwaltungshaft“ ohne Prozess festgehalten, in klarer Verletzung rechtsstaatlicher Regeln. Unter den Sicherheitshäftlingen sind auch 195 Minderjährige.

FRANGI ERHÄLT REMARQUE-FRIEDENSPREIS

Abdallah Frangi, Berater für internationale Beziehungen von Präsident Mahmud Abbas, erhält gemeinsam mit Avi Primor, ehemaliger israelischer Botschafter, den Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis 2013. Frangi war bis 2005 Generaldelegierter in Deutschland.



Neue Botschafterin in Berlin

Botschafterin Dr. Khoulood Daibes ist neue Botschafterin Palästinas in Deutschland. Sie wolle das zwischen Deutschland und Palästina bestehende vertrauensvolle Arbeitsverhältnis weiter fördern und festigen, schreibt sie auf der Webseite der Botschaft. Als erster Staat weltweit hatte Deutschland 1994 eine erste internationale Repräsentanz in Jericho eröffnet. Ein weiterer Fokus ihrer Arbeit werde die Förderung der Verständigung zwischen den beiden Völkern sein. Die Botschafterin setzt dabei auch auf eine gute Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, die sich bereits seit Jahren für Palästina einsetzen. Der bisherige Botschafter Salah Abdel Shafi hat die Leitung der Vertretung des Staates Palästina in Wien und bei den dort ansässigen internationalen Organisationen übernommen.

Deutsche und EU-Nahostpolitik

Keine EU-Fördergelder mehr für illegale Siedlungen

Die EU hat Ende Juni Leitlinien erlassen. Danach werden ab dem Jahr 2014 israelische völkerrechtswidrige Siedlungen keine EU-Fördergelder mehr erhalten.

Auszüge aus den „Leitlinien über die Förderfähigkeit israelischer Einrichtungen und ihrer Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten im Hinblick auf von der EU finanzierte Zuschüsse, Preisgelder und Finanzinstrumente ab 2014“ (2013/C 205/05)

ABSCHNITT A

ALLGEMEINE FRAGEN

1. Ziel ist es, die Achtung von Standpunkten und Verpflichtungen der EU – im Einklang mit dem Völkerrecht – hinsichtlich der Nichtanerkennung von Israels Souveränität über die von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebiete durch die EU zu gewährleisten.
2. Zu den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten zählen die Golanhöhen, der Gazastreifen und das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalem.
3. Die EU erkennt Israels Souveränität über die in Punkt 2 genannten Gebiete nicht an und betrachtet sie nicht als Teil des israelischen Staatsgebiets – ungeachtet ihres rechtlichen Status nach israelischem Recht.

ABSCHNITT B

ANWENDUNGSBEREICH

5. Diese Leitlinien gelten für die Unterstützung der EU in Form von Zuschüssen, Preisgeldern oder Finanzinstrumenten ..., die an israelische Einrichtungen oder für ihre Tätigkeiten in den von Israel seit Juni 1967 besetzten Gebieten vergeben werden können.

ABSCHNITT C

BEDINGUNGEN FÜR DIE FÖRDERFÄHIGKEIT ISRAELISCHER EINRICHTUNGEN

9. Betreffend den Gründungsort der israelischen Einrichtungen:
 - a) Im Fall von Zuschüssen und Preisgeldern sind nur israelische Einrichtungen mit Gründungsort innerhalb der vor 1967 bestehenden Grenzen Israels förderfähig.
 - b) Im Fall von Finanzinstrumenten sind nur israelische Einrichtungen mit Gründungsort innerhalb der vor 1967 bestehenden Grenzen Israels als Endempfänger förderfähig.

11. Die Anforderungen gemäß Abschnitt C:

- a) gelten für folgende juristische Personen: israelische regionale oder lokale Behörden sowie sonstige öffentliche Einrichtungen, private oder öffentliche Unternehmen oder Unternehmen und andere private juristische Personen, einschließlich nichtstaatlicher gemeinnütziger Organisationen,
- b) gelten nicht für israelische öffentliche Einrichtungen auf nationaler Ebene (Ministerien und Regierungsstellen oder Behörden),
- c) gelten nicht für natürliche Personen.

ABSCHNITT E

DURCHFÜHRUNGSMODALITÄTEN

15. Unbeschadet der Nummern 12–14 gelten die Anforderungen gemäß Abschnitt D nicht für Tätigkeiten, die zwar in den Gebieten gemäß Nummer 2 durchgeführt werden, die jedoch geschützten Personen im Rahmen des humanitären Völkerrechts zugute kommen sollen, die in diesen Gebieten leben, und/oder den Friedensprozess im Nahen Osten im Einklang mit der Politik der EU fördern sollen (2).
 16. Jede israelische Einrichtung gemäß Nummer 11 Buchstaben a und b und Artikel 14 Buchstaben a und b, die Zuschüsse, Preisgelder oder Finanzinstrumente der EU beantragt, legt eine ehrenwörtliche Erklärung vor:
 18. Die Übermittlung einer Erklärung nach Punkt 16, die nicht korrekte Informationen enthält, kann als Falschdarstellung oder schwerwiegende Unregelmäßigkeit betrachtet werden
 19. Die Kommission wird diese Leitlinien in ihrer Gesamtheit und in klarer und leicht verständlicher Form umsetzen.
 21. Um die Verpflichtungen der EU nach dem Völkerrecht klar zum Ausdruck zu bringen und den einschlägigen EU-Politiken und Standpunkten Rechnung zu tragen, bemüht sich die Kommission darum, dass sich der Inhalt dieser Leitlinien in internationalen Abkommen oder dazugehörigen Protokollen oder Vereinbarungen mit israelischen Gegenparteien oder mit anderen Parteien niederschlägt.
- DE 19.7.2013 Amtsblatt der Europäischen Union C 205/11



EU-NOTHILFE VERHINDERT

EU-Diplomaten wurden von der israelischen Armee gewaltsam daran gehindert, eine Wagenladung mit Hilfsgütern an Bewohner der besetzten Gebiete zu übergeben, wie die Zeitung „Junge Welt“ berichtete. „Es handelte sich um Zelte und andere dringend erforderliche Gegenstände für Palästinenser, deren Häuser und Ställe einige Tage zuvor von den Besatzungsbehörden zerstört worden waren.“

Nachdem die EU im Juli entschieden hatte, keine Fördergelder mehr für illegale Siedlungen zu vergeben, hatte Israel angekündigt, Hilfsaktionen der EU für die palästinensischen Bewohner des Westjordanlands zu verbieten.

Kommentare

WEITERES PUZZLETEIL IM GEFÜGE DER ANERKENNUNG PALÄSTINAS?

Diesmal ist das Puzzleteil im Gefüge der Anerkennung Palästinas eine EU-Leitlinie. Sie ist lediglich eine Empfehlung für die Mitgliedsstaaten, allerdings mit großer Wirkung auf die EU-Förderpraxis hin, die weder Israel noch die USA im Vorfeld verhindern konnten. Brüssel will ab 2014 keine israelischen Unternehmen oder Organisationen mit Sitz im Westjordanland, in Ost-Jerusalem oder auf den Golanhöhen fördern oder unterstützen.

Die EU verlangt von israelischen Antragstellern eine ehrenwörtliche Erklärung, nicht in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten tätig zu sein, da die EU die Siedlungen als völkerrechtswidrig betrachtet. Damit stellt die EU konsequent klar, dass sie Israels einseitige Souveränität über die Golanhöhen, den Gazastreifen (obwohl geräumt) und das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem nicht anerkennt und diese Gebiete „nicht als Teil des israelischen Staatsgebiets“ betrachtet. Darüber hinaus wird damit bekräftigt, dass diese Haltung mit geltendem Völkerrecht und im Einklang mit dem IV Zusatzprotokoll (Genfer Konvention) und den bekannten Resolutionen 242/1967 (Rückzug aus den besetzten Gebieten) und 252/1968 (Keine Veränderung des Status von Jerusalem) erfolgt. Eindringlich wird Israel aufgefordert, die Besatzung zu beenden und die so genannte grüne Linie vor 1967 als seine Grenze zu betrachten.

Erwartungsgemäß zeigte sich Ministerpräsident Netanjahu empört und trotz der EU gegenüber und sprach von einem Versuch, Israels Grenze durch wirtschaftlichen Druck erzwingen zu wollen. Und der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, bezeichnete die Entscheidung der EU gar als „Beleg für die außenpolitische Unfähigkeit der Kommission“.

Auf der anderen Seite freuen sich viele Friedensorganisationen über die klare Haltung der EU, forderten allerdings eine Kennzeichnung aller Importartikel aus israelischen Siedlungen, damit die Verbraucher selbst erkennen, welche Produkte sie kaufen oder nicht.

Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung ebenfalls diese Leitlinien in ihre Politik übernimmt und zukünftig an ihre bilaterale Zusammenarbeit mit Israel dieselben Maßstäbe anlegt, wie es die EU tut. Wenn alle EU-Mitgliedsstaaten ähnliche nationale Richtlinien ausarbeiten würden, dann könnte diese EU-Leitlinie ihre tatsächliche Wirkung erreichen: Die Einleitung der Beendigung der Besatzung.

NAZIH MUSHARBASH

PREISE NUR IM DOPPELPAK?

Was sich vor Ort partout nicht einstellen will, nämlich Frieden in Israel und Palästina, weil Unrecht und Angst ihn verbaut, wird hierzulande gerne durch eine vermeintlich gerechte Paar-Bildung vorweggenommen.

Erhält ein Palästinenser in Deutschland einen Preis, bekommt er gleich noch einen israelischen Preisträger dazu. Umgekehrt gilt das nicht. Äußerst selten sind die Fälle, wo ein Palästinenser einen Preis ohne Israeli an seiner Seite erhält, wie Pastor Mitri Raheb im Jahr 2012 den Deutschen Medienpreis.

Beim renommierten Erich-Maria-Remarque-Friedenspreis, der von der Stadt Osnabrück für Bücher verliehen wird, die „sich mit den Themen ‚innerer und äußerer Frieden‘ auseinandersetzen“, gibt es alle zwei Jahre einen Hauptpreisträger (25.000 Euro) und einen Sonderpreisträger (5.000 Euro). Eine Abweichung von dieser Regel erfolgt nur, wenn der Hauptpreisträger Palästinenser ist. Dann kommt ein zweiter Hauptpreisträger hinzu, wie 2003 zum palästinensischen Nationaldichter Mahmud Darwish der israelische Psychoanalytiker Dan Bar-On und nun in diesem Jahr zum ehemaligen palästinensischen Gesandten in Deutschland Abdallah Frangi der ehemalige israelische Botschafter Avi Primor. Keine Paarbildung wurde vorgenommen, als es einen israelischen Hauptpreisträger gab. Im Jahr 1995 war dies der Publizist und Friedensaktivist Uri Avnery.

Wohlgemerkt: Alle Preisträger haben ihre Verdienste. Das Auffällige ist nur der palästinensisch-israelische Doppelpack. Wie empfinden das die Ausgezeichneten? Die vielfach co-ausgezeichnete Autorin Sumaya Farhat Naser sagt dazu: „Weil ich Palästinenserin bin, gelte ich nicht als eigenständig und werde nicht normal behandelt.“ Es ist ein Stich, den man ihr und anderen palästinensischen Preisträgern versetzt, eine Missachtung ihrer Würde. Wie empfindet es der israelische Preisträger, der den Preis auch deshalb erhalten hat, weil es noch einen Israeli brauchte? Mit der Preisverleihung im Doppelpack tut man den Preisträgern keinen guten Dienst.

Weshalb greifen deutsche Preisrichter zum Doppelpack? Sie ahnen oder manche wissen es bereits aus Erfahrung, welchem Druck sie ausgesetzt sind, wenn sie nur einen Palästinenser auszeichnen. Der Doppelpack ist für sie der Weg des geringeren Widerstandes, hinterlässt aber ein schales Gefühl bei der Jury, für ihre Überzeugung nicht wirklich eingestanden zu sein. Genau das, was meist der Grund für die Auszeichnung ist, Zivilcourage, Eintreten gegen Unrecht, wird im Entscheidungsprozess vermieden. Welche Wirkung kann eine solche Preisverleihung dann auf die deutsche Gesellschaft hin entfalten? Welchen Weg braucht es noch, bis Verdienste einer Palästinenserin oder eines Palästinensers in Deutschland eigenständig gewürdigt werden?

WILTRUD RÖSCH-METZLER

BERLIN

Jürgen Sendler
berlin@dpg-netz.de

NORDRHEIN-WESTFALEN (SÜD)

Dr. Martin Breidert
nrw@dpg-netz.de

KÖLN UND UMGEBUNG

Petra Schöning
koeln@dpg-netz.de

DÜSSELDORF

William Hodali
duesseldorf@dpg-netz.de

HAMBURG UND UMGEBUNG

Dr. Dieter und Eva Lehmann
hamburg@dpg-netz.de

HANNOVER

Dr. Wilhelm Wortmann
hannover@dpg-netz.de

FRANKFURT / MAIN

Khalil Toama
frankfurt@dpg-netz.de

TRIER

Hazem Shehada
trier@dpg-netz.de

OLDENBURG/ OSTFRIESLAND

Isam Elkorhaly
oldenburg@dpg-netz.de

RUHRGEBIET

Dr. Yousef Ribhi
ruhrgebiet@dpg-netz.de

OSNABRÜCK UND UMGEBUNG

Nazih Musharbash
osnabrueck@dpg-netz.de

BREMEN

Dr. Detlef Griesche
bremen@dpg-netz.de

KASSEL

kassel@dpg-netz.de

SÜDBAYERN

Jörg Steinhart
suedbayern@dpg-netz.de

Aktivitäten

FÜRBITTEN FÜR ISRAEL-SONNTAG

■ In der evangelischen Paul-Gerhardt-Gemeinde Waldkirch-Kollnau hat der dortige „Ökumenische Gesprächskreis – Neuorientierung Friedensethik“ sich mit dem Kairos-Dokument der Christinnen und Christen in Palästina – „Die Stunde der Wahrheit – Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“ beschäftigt. Ergebnisse daraus sind in den diesjährigen Gottesdienst zum Israel-Sonntag am 4. August in Form von Fürbitten und Kurzansprache eingeflossen. Der Israel-Sonntag ist ein Sonntag im evangelischen Kirchenjahr, der das Verhältnis von Christen und Juden zum Thema hat. Er wird elf Wochen nach Pfingsten begangen.

„GLEICHE RECHTE STATT APARTHEID“ PALÄSTINA-TAGE IN MÜNCHEN

■ Während der alljährlich stattfindenden Palästina Tage des Palästina Komitees München und der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München hat in diesem Jahr die israelische Friedensaktivistin Nurit Peled-Elhanan über das Russell-Tribunal zu Palästina berichtet. Das Russell-Tribunal zu Palästina hat in seinen insgesamt fünf Sitzungen seit 2009 viele Zeugen zu Wort kommen lassen, mit dem Ergebnis, dass alle Kriterien erfüllt sind, um von einem Zustand der Apartheid zu sprechen. Filme wie „Roadmap to Apartheid“ ergänzten das Programm im Münchner EineWeltHaus. Nun steigt der Druck gegen diese und ähnliche Veranstaltungen. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft mit weiteren Unterstützern rief zu einer Kundgebung vor dem EineWeltHaus auf und wandte sich mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit: „Respekt, Völkerverständigung und Toleranz“ würden auch gebieten, den Staat der Holocaust-Überlebenden und ihrer Nachkommen fairer zu behandeln und eine ausgewogene Sichtweise auf Israel zu entwickeln.“ Das sei bei Veranstaltungen im EineWeltHaus zu oft nicht oder nur mit eingeschränkter Sehschärfe der Fall.

MENSCHENRECHTE UND NÜRNBERG?

■ Kritiker der israelischen Besatzungspolitik haben in Nürnberg einen schweren Stand, selbst wenn diese Kritik nichts anderes als die Einhaltung von Menschen- und Völkerrecht fordere, sagen Nürnberger Organisatoren von Nahost-Veranstaltungen. Eine sachliche und kontroverse Debatte sei von den Verteidigern der israelischen Regierungspolitik nicht erwünscht. Die Weigerung, sich sachlichen Argumenten zu stellen, setze sich mit der Anwendung undemokratischer Methoden fort. Vier Beispiele nennen sie: Die deutsch-israelische Menschenrechtsanwältin Felicia Langer, Trägerin des alternativen Friedensnobelpreises und des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, wegen ihres unermüdlichen Engagements „für Frieden und Gerechtigkeit sowie für die Wahrung der Menschenrechte“. Angesichts dieser Verleihung

sah sie sich vor allem aus der Nürnberger Lokalpolitik heftigen Anfeindungen ausgesetzt. Stefanie Landgraf und Johannes Gulde erhielten für ihre Filme aus Krisen- und Kriegsregionen u.a. vom Bundespräsidenten den deutschen „Journalistenpreis Entwicklungspolitik“. In „Wir weigern uns Feinde zu sein – den Nahostkonflikt verstehen lernen“ erzählten sie beide Sichtweisen auf den Nahostkonflikt, die jüdisch-israelische und die palästinensische. Sie folgten dabei dem Credo des Friedensforschungsinstituts PRIME: „Nur wer die Geschichte seines Feindes kennt, kann sich mit ihm auch verständigen“. Überall in Deutschland werde der Film im Unterricht verwendet, nur nicht an den städtischen Schulen in Nürnberg. Weil er angeblich „Antisemitismus und Antiisraelismus“ und „die Neo-Nazi-Szene“ in Deutschland unterstütze, so Nürnbergs 3. Bürgermeister Dr. Gsell. Das Nürnberger Evangelische Forum für den Frieden e.V. (NEFF) durfte die Nakba-Ausstellung des Vereins Flüchtlingskinder Libanon nicht im eckstein, dem Haus der evangelisch-lutherischen Kirche in Nürnberg zeigen. Stadtdekan Körnlein begründete das u.a. damit, dass die Ausstellung „in anderen Städten schon zum Politikum geworden“ sei. Das NEFF wich auf einen Baucontainer auf dem Rathausplatz aus. Und „Solidarität International Nürnberg“ wurde, nach dem erfolglosen Versuch, die Gruppe vom Südstadtfest 2013 auszuschließen, der Stand im Auftrag des Oberbürgermeisters Maly (SPD) zensiert. Die Veröffentlichung von Boykottaufrufen der Anti-Apartheid-Bewegung oder Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sollte beim größten Nürnberger Stadtteilstfest unterbunden werden.

BERLINER URANIA BEUGTE SICH DRUCK

■ Das Berliner Kulturzentrum Urania hat öffentlichem Druck nachgegeben und die Raumzusage für eine von der iranischen Botschaft unterstützte Palästina-Konferenz aufgekündigt. Als Referenten vorgesehen waren neben dem Vorsitzenden der Palästinensischen Gemeinde Deutschlands und der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG), Raif Hussein, u.a. der Wissenschaftler und Betreiber des Onlineportals „Muslim-Markt“, Yavuz Özuguz, sowie Petra Wild, die Autorin von „Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina. Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat“. Die Konferenz musste an einen anderen Tagungsort verlegt werden.

URTEIL: UNIVERSITÄT FREIBURG DURFTE HÖRSAAL NICHT VERWEIGERN

■ Rechtlich zur Wehr gesetzt hat sich ein Veranstalter in Freiburg, dem die Universität einen Raum verweigert hatte. Die Ablehnung der Überlassung eines Hörsaals an den Verein „Café Palestine“ durch die Universität Freiburg für den Vortrag von Professor Christophe Oberlin, Paris, zum Thema „Plastische Chirurgie in Gaza“ am 11.12.2012 war rechtswidrig. Diese Feststellung traf das Verwaltungsgericht Freiburg.

Schwerpunkt: Widerstand im Negev

Ein Dorf in der Negev-Wüste wehrt sich

Im Sommer 2010, am 27. Juli, berichtete die BBC vom Überfall auf ein palästinensisches Dorf im Negev/Naqab – es handelte sich um Al Arakib. Die israelische Polizei, die Grenzpolizei und Israels Landverwaltung rückten mit 1300 bewaffneten Männern an, mit Bulldozern und schwerer Ausrüstung. Das Dorf Al Arakib wurde völlig zerstört und 300 Menschen, darunter viele Kinder, obdachlos gemacht. Sämtliche Olivenbäume, insgesamt über tausend, wurden ausgerissen. In einer jahrzehntelangen Geschichte voller Vertreibung, Diskriminierung und Widerstand war dies einer der wenigen Momente, über den die internationale Presse weltweit berichtete.

VERTREIBUNG UND ENTEIGNUNG

Am Tag nach der Zerstörung des Dorfes bauten die BewohnerInnen ihre Hütten wieder auf. Aber auch die israelische Polizei und Grenzpolizei kamen zurück, und es entwickelte sich ein brutales Hin und Her. Bis Juli 2011 ist Al Arakib 24-mal zerstört worden, jedes Mal bauten die PalästinenserInnen ihre Unterkünfte wieder auf.

Die Ursprünge von Al Arakib gehen weit in die osmanische Zeit und vor die Anfänge der zionistischen Bewegung zurück. Die BewohnerInnen, die Al Okbi, lebten als Bauern von den Erträgen ihres Landes, unbehelligt von den Türken und der englischen Mandatsmacht. Sie siedelten in Dörfern, bearbeiteten den Boden und verfügten über ein traditionelles System von kommunalem und individuellem Landbesitz. Der palästinensische Historiker Salman Abu Sitta bezeichnet das Gebiet um Beer Sheva, wo auch Al Arakib liegt, wegen des weit verbreiteten Getreideanbaus im 19. Jahrhundert als den Brotkorb Palästinas. Während des Krieges 1948 wurde die übergroße Mehrheit der PalästinenserInnen aus dem Negev vertrieben, von den ursprünglich 65 000 bis 95 000 BewohnerInnen blieben nur 11 000.

Die PalästinenserInnen im Negev wurden Opfer der israelischen Landgesetze und der Landverwaltung, bei der der Jewish National Fund (JNF) eine wesentliche Rolle spielte. Laut Human Rights Watch war vor allem der im Jahr 1953 erlassene Land Acquisition (Validation of Acts and Compensation) Act entscheidend für die Enteignung der ursprünglichen Negev-BewohnerInnen. Danach konnte der Staat Land für sich registrieren lassen, wenn sich am 1. April 1952 die Eigentümer nicht dort befanden. Damals waren die Negev-PalästinenserInnen bereits zwangsweise in das vom israelischen Staat vorgesehene Gebiet umgesiedelt worden. So wurden weite Bereiche ihrer Ländereien als Staatsland registriert, während viele Eigentümer nicht einmal davon erfuhren.

NICHT ANERKANNTE DÖRFER

Mit dem 1965 erlassenen Planning and Building-Act wurde ein Gesamtplan für das Gebiet aufgestellt. Der israelische Staat ignorierte damals die Existenz palästinensischer Dörfer und trug diesen Boden einfach als Agrarland ein. Palästinenser, die später wieder versuchten, an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückzukehren, erhielten auf dieser gesetzlichen Grundlage keine Baugenehmigung.

Eine weitere Bestimmung des Gesetzes aus dem Jahre 1965 sah außerdem vor, dass illegal errichtete Häuser nicht an die Wasserversorgung oder das Elektrizitäts- und Telefonnetz angeschlossen werden konnten. Daher fehlt heute einer großen Zahl palästinensischer Dörfer im Negev diese minimale Grundversorgung. Lediglich den Bewohnern von sechs palästinensischen Dörfern im Negev ist es inzwischen gelungen, ihre Anerkennung gegen den Staat durchzusetzen.

Das Gesetz von 1965 sah außerdem weitere Landenteignungen für öffentliche Zwecke vor. In Enteignungsverfahren wurde auch der Boden für die Planstadt Rahat konfisziert, eine der Planstädte, in die der israelische Staat die PalästinenserInnen umsiedeln will. Diese Planstädte vegetieren am unteren Ende des Sozial-Indexes der israelischen Städte und Gemeinden, haben eine extrem hohe Arbeitslosigkeit und eine schlechte Infrastruktur.

WIE SICH NURI AL OKBI WEHRT

Die Al Okbi, die BewohnerInnen von Al Arakib, gehören zu den Negev-PalästinenserInnen, die nie aufgegeben haben. Sie kämpfen weiter dafür, ihr

Land bewohnen und bewirtschaften zu können. Beamte der Barak-Regierung versprochen im Jahr 2001, sich der Sache der Al Okbi anzunehmen. Doch als kurz darauf die Sharon-Regierung an die Macht kam, wurde in einer Nacht- und Nebelaktion eine neue Siedlung namens Givot Bar auf dem

Land der Al Okbi gegründet. Bei ihrer Eröffnung war Wohnbauminister Effi Eitan Ehrengast. Einmal mehr ist die neue Siedlung ausschließlich für jüdische Israelis reserviert, während den Beduinen systematisch Baugenehmigungen verweigert werden.

Doch der Widerstand in Al Arakib geht weiter: Nuri Al Okbi stellt schon seit Jahren ein Zelt auf einem Stück Land seiner Vorfahren auf und lebt dort. Regelmäßig wird er von der Polizei verhaftet und sein Zelt zerstört, da er Staatsland betreten habe, so die Behörden.

Hunderte der Al Turis, Nachbarn der Al Okbis, die auch 1951 vertrieben worden waren, kehrten ebenfalls in organisierter Weise zum Land ihrer Vorfahren bei Al Arakib zurück. Sie bauten ihre Hütten neben dem Friedhof, wo ihre Familienmitglieder seit hunderten von Jahren begraben lagen – Land, von dem der Staat während der Jahrzehnte, die es in seinem Besitz war, keinen Gebrauch gemacht hatte. Die Al Turis bearbeiteten die Felder, pflanzten Olivenbäume und hauchten wenigstens einem Teil des Landes wieder Leben ein. Die israelischen Behörden begannen daraufhin, die Kornfelder aus der Luft mit Gift zu besprühen, was vom Obersten Gericht verboten wurde. Daraufhin begann die israelische Landverwaltung, neukeimendes Getreide unterzupflügen. Doch die unerschrockenen Bewohner bearbeiteten weiter ihr Land und säten noch einmal.



Zerstörte Bäume beim Beduinendorf Al Arakib



ZWANGSRÄUMUNG STATT ENTWICKLUNG

Neben Al Arakib sind in den vergangenen Jahren auch andere „nicht anerkannte“ palästinensische Dörfer im Negev geräumt worden, wie Tawil Abu Jarwal und Atir-Ummel-Hieran. Atir-Ummel-Hieran war im Jahr 1956 auf Befehl des israelischen Militärs gegründet worden, nachdem seine Bewohner aus dem Wadi Zaballa vertrieben worden waren. Auf diesem Land steht heute der Kibbuz Shuval. Nach einem Masterplan aus dem Jahr 2002 ist auf dem Land von Atir-Ummel-Hieran ein Kibbuz namens Hiran geplant. Nach Angaben von HRW hat Israel seit dem Jahr 1979 Tausende von palästinensischen Häusern im Negev zerstört. Die NGO Adalah, die sich für die Rechte der Palästinenser mit israelischem Pass starkmacht, und inzwischen auch viele andere Initiativen wie Negev Coexistence Forum, The Alternative Information Center, das Komitee gegen Hauszerstörungen, New Profile, Rabbis for Human Rights, Hit' habrut-Tarabut – Arab-Jewish Movement for Social and Political Change, Yesh Gvul und andere kritisieren diese klare Diskriminierung und die Verdrängungspolitik. Sie fordern den Stopp des Siedlungsprojekts.

In den vergangenen Jahren hat sich der Druck auf die Negev-PalästinenserInnen nochmals erheblich verstärkt. Im Jahr 2005 startete die israelische

Regierung mit dem Jüdischen Nationalfonds-Israel, dem JNF-USA sowie weiteren zionistischen Organisationen ein sogenanntes „Entwicklungsprogramm“ für den Negev. Erklärtes Ziel ist es, die jüdische Bevölkerungsmehrheit im Negev sicherzustellen. Ursprünglich sollten 500.000 jüdische Siedler (möglichst von außerhalb Israels) im Zeitraum von 2005 bis 2010 für den Negev gewonnen werden. Das ließ sich nicht verwirklichen, deshalb ist jetzt von 250.000 SiedlerInnen die Rede, die bis zum Jahr 2013 im Negev angesiedelt werden sollen. Im Fall von Al Arakib wird der Jewish National Fund von einem evangelikalen christlichen Sender, God-TV, finanziell unterstützt. Auch in der Bundesrepublik sammelt der Jüdische Nationalfonds Spenden für seine Projekte im Negev. In der Bundesrepublik wird vor allem für den „Wald deutscher Länder“ geworben, der auf dem Land einer im Jahr 1948 vertriebenen palästinensischen Großfamilie gepflanzt wurde.

Der „Entwicklungsplan“ ist vor allem auf die Infrastruktur der jüdischen Siedlungen hin ausgerichtet, er sieht zahlreiche neue Siedlungen vor und vernachlässigt die palästinensischen Dörfer völlig. Der Großteil der nicht anerkannten palästinensischen Dörfer soll laut diesem Plan zerstört werden. Dagegen regt sich seit langem nicht nur im Negev, sondern in ganz Israel und international heftiger Protest. Die israelische Regierung lässt sich jedoch vom Widerstand bislang nicht beeindrucken. Im Juli 2013 hat der „Entwicklungsplan“ (Prawer Plan, auch Prawer/Begin Plan genannt) eine 1. Lesung in der Knesset passiert. Der Prawer Plan sieht die zwangsweise Umsiedlung von zehntausenden von Negev-PalästinenserInnen vor, nach manchen Schätzungen bis zur Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im Negev.



ATTIA RAJAB

„Die Menschen fordern die Anerkennung ihrer Dörfer“

DIE RECHTSANWÄLTIN HANEEN NAAMNIH ÜBER DIE GEPLANTE VERTREIBUNG DER BEDUINEN AUS DER NEGEV-WÜSTE



Die israelische Palästinenserin Haneen Naamnih ist Juristin und Mitarbeiterin des Internetmagazins www.jadaliyya.com. Henning Hintze hat mit ihr über die Pläne der israelischen Regierung, die Beduinen aus der Negev-Wüste auszusiedeln, gesprochen.

HINTZE: WAS HAT ES MIT DEM PRAWER-PLAN ZUR AUSSIEDLUNG DER NEGEV-BEDUINEN AUF SICH?

Naamnih: Der Prawer Plan wurde 2007 von Premierminister Ehud Olmert in Auftrag gegeben, um eine endgültige Lösung des sogenannten Beduinenproblems auszuarbeiten. Ziel ist es, alle Landansprüche in der Negev zu beenden. Die Beduinen werden von Israel als ein Problem angesehen, das aus der Sicht der Regierung in den so genannten nicht anerkannten Dörfern besteht, das sind traditionelle Dörfer in einem bestimmten Gebiet. 90.000 Beduinen leben in nicht anerkannten Dörfern. Der israelische Staat verweigert die Anerkennung der Eigentumsrechte in diesen Gebieten. Die Menschen dort leben unter katastrophalen Bedingungen. Es mangelt an Wasser, Elektrizität und gesundheitlichen Diensten. Es gibt keine Schulen.

SIE SOLLEN IN STÄDTE UMGESIEDLT WERDEN?

Ja. Der Staat versucht, sie aus den Dörfern zu vertreiben und in sieben Städte umzusiedeln, die seit 1969 gebaut wurden, um alle Beduinen zu konzentrieren. Diese sieben Städte sind die ärmsten in Israel. Dort gibt es hohe Arbeitslosigkeit, viel Kriminalität und Drogen. Deshalb weigern sich die Menschen, sie sagen, wir leben auf unserem Land, und sie fordern die Anerkennung ihrer Dörfer. Es gibt Pläne, dort neue jüdische Siedlungen zu errichten. Die Leute fragen: Warum wollt ihr Menschen, die keine Verbindung zu diesem Land haben, an unserer Stelle hierher bringen und wir sollen das Land verlassen, auf dem wir seit Jahrhunderten leben?

WIE IST DER PRAWER-PLAN ZEITLICH ANGELEGT?

Der Prawer-Plan legt einen aus israelischer Sicht effizienten Plan vor, die 90.000 Beduinen aus den nicht anerkannten Dörfern in die sieben Städte zu bringen. Der Plan sieht vor, dass innerhalb von fünf Jahren alle umstrittenen Eigentumsansprüche im Negev geklärt werden. Die Betroffenen sollen mit einer Entschädigung abgefunden werden, entweder Land oder Geld. Aber das Land hat nicht die gleiche Qualität und bei weitem nicht die gleiche Größe. Wenn sie 200 Dunam hatten, bekommen sie vielleicht einen Dunam (1.000 m²). Und für diese Entschädigung müssen sie ihre historischen Ansprüche aufgeben.

WIE SEHEN DIE LEBENSBEDINGUNGEN IN DER NEGEV-WÜSTE AUS?

Es ist keine richtige Wüste, es ist kultivierbares Land und die Beduinen haben seit dem 16. Jahrhundert traditionelle Landwirtschaft betrieben. Vor der Vertreibung 1948 war die Landwirtschaft ihr wichtigstes Einkommen. Nach 1948 siedelte Israel sie in andere Gebiete um, die wirtschaftlich weniger gut waren, und dadurch verarmten sie. Als eines der Mittel um sie zu vertreiben, vergiftete Israel die Ernten, das ruinierte den Boden und in der Folge starben Menschen. Das geschah 2006 und 2007. Ein Urteil des Obersten Gerichts hat diesen Gifteinsatz als inhuman untersagt, bestätigt wurde jedoch, dass die Beduinen das Gebiet verlassen mussten.

SIE SPRACHEN VON ENTSCHÄDIGUNG, FALLS DIE BEDUINEN DAS LAND VERLASSEN. WELCHE SUMMEN WURDEN IHNEN ZUGESAGT?

Sehr wenig Geld, nur für Teile ihres Landes werden überhaupt Entschädigungen fällig und das unter Wert. Nach Angaben einiger Organisationen, die sich damit beschäftigen, ist es nicht mehr als 14 Prozent des Marktwertes.

ES GIBT EINIGE ABMILDERUNGEN AM URSPRÜNGLICHEN PRAWER-PLAN, DER INZWISCHEN BEGIN-PLAN HEISST.

Ja, Begin ist ein Knesset-Abgeordneter, der den Gesetzentwurf vorbereitete. Doch das Prinzip ist geblieben, auch die Fünfjahresfrist.

DIE SPD HATTE DIE IDEE, ISRAEL ZUM 65. STAATJUBILÄUM DIE ANPFLANZUNG EINES WALDES IM NEGEV ZU SCHENKEN. WIE SEHEN SIE DAS?

Es ist nichts Neues. Dieser Wald entsteht in Zusammenarbeit mit dem JNF, dem Jüdischen Nationalfonds. Der JNF wurde 1901 gegründet, um Land für den Gebrauch nur für Juden zu kaufen und später auch für die Aufforstung von Land, auf dem Ruinen palästinensischer Dörfer standen. Damit sollte die Rückkehr in die Dörfer verhindert werden. Das Anpflanzen eines Waldes schafft irreversible Tatsachen. Das wurde seit 1948 auch im Negev praktiziert.

WIE BEURTEILEN SIE DAS GESCHENK DER SPD?

Es ist unerwünscht, wir brauchen solche Geschenke nicht. Palästinenser brauchen sie nicht. Offensichtlich sieht die SPD, die ein solches Geschenk macht, die Palästinenser nicht. Für sie existieren die Palästinenser dort nicht und das ist die gleiche Logik wie die der zionistischen Bewegung, die nicht die einheimische Bevölkerung sieht. Für sie war es ein leeres Land. Das haben alle kolonialen Siedlerbewegungen der Welt gemeinsam.

SIE SPRECHEN DAVON, DASS DIE NAKBA (KATASTROPHE) NICHT BEENDET SEI. WAS MEINEN SIE DAMIT?

Die Nakba von 1948 war kein einmaliges Ereignis. Die Invasion des Siedlerkolonialismus ist etwas Strukturelles. Diskriminierung und Umsiedlung hat es seit 1948 gegeben.



Schwerpunkt // Gefangene

Gefesselt, Augen verbunden und verurteilt

Palästinensische Minderjährige in den Fängen der israelischen Militärjustiz

Die israelische Besatzungsarmee verhaftet jährlich zwischen 500 und 700 minderjährige Palästinenser, darunter sind auch 12-jährige. Im September 2012 befanden sich 28 Kinder zwischen 12 und 15 Jahren in israelischen Gefängnissen. Vier Jahre lang hat die Kinderrechtsorganisation Defence for Children International Zeugenaussagen von 311 minderjährigen Gefangenen aufgenommen und sie im Bericht „Bound, Blindfolded and Convicted“ (Gefesselt, Augen verbunden und verurteilt) veröffentlicht. Im Folgenden lesen Sie Auszüge aus den Schlussbemerkungen des Berichts:

Das in diesem Bericht vorgelegte Beweismaterial offenbart ein durchgängiges Muster von Misshandlungen und in Einzelfällen von Folter an Kindern und Jugendlichen in israelischen Militärgefängnissen. Die Misshandlungen beginnen im Augenblick der Verhaftung. Die Betroffenen erleben mitten in der Nacht einen furchteinflößenden Einbruch israelischer Soldaten auf ihr Elternhaus. Sie werden aus dem Bett gezerrt. Man verbindet ihnen die Augen und fesselt ihnen die Hände auf dem Rücken – häufig mit einer schmerzhaft fest angezo-

genen Plastikschnur. Dann werden sie abtransportiert. Die verstörende Wirkung dieser nächtlichen Überfälle wird dadurch verstärkt, dass Eltern und Kinder im Allgemeinen über die Gründe der Verhaftung nicht informiert werden, auch nicht, wohin ihr Kind gebracht wird. Die Fahrt ins Vernehmungszentrum bringt weitere unnötige Leiden, etwa durch die Art und Weise, wie die Minderjährigen gefesselt sind oder wie sie im Fahrzeug sitzen müssen oder andere verbale oder physische Misshandlungen. Wie aus zahlreichen Aussagen hervorgeht, kann der Transport viele Stunden dauern und wird des Öfteren durch Zwischenstopps in Siedlungen oder Militärbasen unterbrochen, wo es häufig zu weiteren Misshandlungen kommt. Dazu gehören in einigen Fällen lange Stunden im Freien ohne Schutz vor Regen oder Sonne sowie Verweigerung von Trinkwasser und Toilettenbenutzung. Nach Ankunft im Vernehmungszentrum werden die Minderjährigen allein befragt, wobei sie offenbar selten über ihr Recht zur Aussageverweigerung informiert werden. Die Aussagen lassen eine Verhörmethode erkennen, bei der vielfach Einschüchterung, Drohung und körperliche Gewalt eingesetzt werden, offensichtlich mit dem Ziel, die Kinder zu einem Geständnis zu bewegen.



GEWALTERFAHRUNGEN ZWISCHEN VERHAFTUNG UND VERNEHMUNG

Von Gewalterfahrungen zwischen Verhaftung und Vernehmung berichten drei Viertel der Kinder und Jugendlichen. Und mehr als die Hälfte sagen, man habe sie mit Worten misshandelt oder bedroht. Diese Behandlung führt in den meisten Fällen dazu, dass die Betroffenen Geständnisse machen, die als Beweismittel vor Gerichten demokratischer Staaten nicht verwendet werden dürfen. In etwa einem Drittel der Fälle zwingt man sie, Dokumente zur Kenntnis zu nehmen oder zu unterschreiben, deren Sprache sie nicht verstehen.

Nach Beendigung der Vernehmungen bleiben 87 % der Minderjährigen in Untersuchungshaft und warten auf ihr gerichtliches Verfahren. Wesentlicher Beweis im Verfahren vor dem Militärgericht ist das Geständnis des Beschuldigten oder das Geständnis eines anderen, der eine vergleichbare Behandlung erfahren hat. Aus Gründen, die im Einzelnen im Bericht erklärt werden, bekennen sich 90 % der Kinder am Ende schuldig und akzeptieren Haftverschonung oder wenigstens -minderung gegen ein Schuldeingeständnis (sogenanntes plea bargain). Wie viele Kinder DCI gegenüber erklären, tun sie dies auch, wenn sie wissen, dass sie im Sinne der Anklage unschuldig sind, einfach weil das der schnellste Weg ist, um frei zu kommen.

Wenn sie einmal verurteilt sind, werden fast zwei Drittel der Minderjährigen in Gefängnisse im Staatsgebiet von Israel verlegt, was im Widerspruch zur Vierten Genfer Konvention steht. In der Praxis macht das Familienbesuche schwierig oder in manchen Fällen unmöglich, weil Palästinenser mit Westbank-Identitätskarten Bewegungsbeschränkungen unterliegen (d.h. in der Praxis nur schwer eine Einreiseerlaubnis nach Israel erhalten – die Übersetzerin).

FOTOS // CHRISTIAN PEACEMAKER TEAM (CPT)

PALÄSTINENSISCHE KINDER UND JUGENDLICHE IN DEN FÄNGEN DER ISRAELISCHEN MILITÄRJUSTIZ - FRAUENWEGENAHOST, 2. AUFLAGE, SEPTEMBER 2013, 72 SEITEN

[] Die Broschüre fasst die Untersuchungen von DefenceforChildren International und der Kinderschutzorganisation der Vereinten Nationen UNICEF (Children in Israeli Military Detention – Observations and Recommendations) zusammen. FrauenWegeNahost hat Auszüge aus den überwiegend englischsprachigen Berichten, Aussagen und Interviews ausgewählt und ins Deutsche übertragen.

Neben einer Darstellung der Rechtslage kommen erschreckende Einzelheiten über die Schicksale palästinensischer Kinder (ab 12 Jahre), die in die Fänge der israelischen Militärjustiz gelangen, ans Licht: nächtliche Verhaftungen und Abtransport mit verbundenen

Augen und gefesselten Händen, Quälereien beim Verhör, fallweise Einzelhaft und schließlich Gerichtsverfahren, die den Namen nicht verdienen. Und bei all dem sind die Minderjährigen allein. Eltern haben nur äußerst beschränkten Zugang zu ihren Kindern hinter Gittern, und ebenso ergeht es Anwälten, die den Jugendlichen im Verfahren vor den Militärgerichten beistehen wollen. Übrigens: im Militärgericht von Ofer in der Nähe von Ramallah im Westjordanland haben die israelischen Besatzungsbehörden eine weltweit einmalige Einrichtung geschaffen: ein Jugendmilitärgericht.

Bezug der Broschüre zum Preis von 5,- € zuzüglich Versandkosten bei:
Sabine Werner
Fronhof 27 · 53 639 Königswinter
E-Mail frauenwege@outlook.de



LESEN SIE DAZU

Ohne Prozess im Gefängnis: völkerrechtswidrige Administrativhaft

In israelischen Gefängnissen befinden sich aktuell 5.068 palästinensische politische Häftlinge. 193 davon sind Minderjährige, 36 sind gar unter 16 Jahre alt. Mit der Einsperrung von Häftlingen in Gefängnissen im israelischen Kernland verstößt die israelische Regierung gegen Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention, welcher den Transfer der Bevölkerung aus besetzten Gebieten grundsätzlich verbietet. Dass Besuchsgenehmigungen sehr restriktiv erteilt werden und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser massiv eingeschränkt ist, führt dazu, dass sowohl Angehörigen als auch Anwälten der Besuch der Betroffenen verweigert wird. Die Bedingungen innerhalb der Gefängnisse sind katastrophal und mit den Prinzipien eines Rechtsstaates keinesfalls vereinbar: Die medizinische Versorgung ist nicht vergleichbar mit den hohen medizinischen Standards des israelischen Gesundheitssystems und wird den Häftlingen teilweise verweigert. Isolationshaft und eine Vielzahl weiterer, sehr grausamer Foltermethoden werden insbesondere in den ersten Monaten nach der Inhaftierung angewandt, um Geständnisse zu erzwingen. Sie kommen aber auch als Bestrafungsmaßnahmen zum Einsatz. In einem Gerichtsverfahren dürften solche „Beweise“ eigentlich nicht verwendet werden.

Einen besonders massiven Völkerrechtsbruch stellt die israelische Praxis der Administrativhaft dar. 134 der palästinensischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen sind Administrativhäftlinge – sie werden ohne Angabe von Gründen festgehalten, ohne Urteil und oft jahrelang. Administrativhaft ist Freiheitsentzug nicht auf Verlangen der Legislative, sondern der Exekutive. Zwar verbietet die Genfer Konvention diese unter gewöhnlichen Umständen in Rechtsstaaten nicht zulässige Art der Haft nicht per se; sie legt aber ganz eindeutige Bedingungen für deren Anwendung fest, stellt die Administrativhaft doch eine grundlegende Einschränkung des Rechts auf ein faires Verfahren dar: Es muss für die Sicherheit eines Staates absolut unerlässlich sein, eine Person in Administrativhaft zu nehmen, als Kollektivstrafe darf sie niemals angewandt werden. Der Administrativhäftling muss eine akute Gefahr darstellen, die anders nicht gebannt werden kann. Außerdem müssen die Betroffenen umgehend über

die Gründe ihrer Inhaftierung informiert werden, auch über die Ursachen einer Verlängerung – und die Häftlinge haben das Recht auf Besuch. Laut Artikel 147 der Vierten Genfer Konvention ist die Administrativhaft illegal, sofern die aufgeführten Bestimmungen dabei nicht zum Tragen kommen.

Die israelische Regierung und die israelischen Behörden halten sich allerdings an kaum eine dieser Bestimmungen. Den Häftlingen und ihren Anwälten werden Haftgründe nicht mitgeteilt. Damit wird ihnen jede Möglichkeit der Verteidigung verwehrt. Gerichte kooperieren mit den Behörden: Noch nie hat ein israelisches Gericht entschieden, dass die Gründe für eine administrative Festnahme publik gemacht werden müssen. Zugleich sind die Häftlinge massivem psychischem und physischem Druck ausgesetzt. Die Administrativhaft wird keinesfalls nur in Ausnahmefällen angewandt, sondern dient vielmehr als Kollektivstrafe. Opfer der Administrativhaft sind politische Kontrahenten und Menschenrechtsverteidiger ebenso wie gewählte Mitglieder des palästinensischen Parlaments. Intellektuelle, Gewerkschafter, Professoren, Studenten, Journalisten und politische Aktivisten werden in Administrativhaft genommen – ohne dafür irgendwelche Beweise zu benötigen. Gerade Massenverhaftungen z.B. nach Unterzeichnung der Oslo-Abkommen, während der ersten und zweiten Intifada oder während des israelischen Kriegs gegen den Gazastreifen 2008/2009 haben verdeutlicht, dass es nicht um Sicherheitsinteressen, sondern in erster Linie um politische Repression geht. Die Verhängung von Administrativhaft ist gleichbedeutend mit der Verweigerung grundlegender Rechte: des Rechts auf Meinungsfreiheit, des Rechts auf Redefreiheit, des Rechts, sich zu organisieren, des Rechts auf Protest und auch des Rechts auf Selbstbestimmung. Ziel ist die Verhinderung einer Führung, sei sie politisch, kulturell oder sozial, die sich effektiv gegen die Besatzung engagieren könnte. In der internationalen Öffentlichkeit sind diese Fakten wenig bekannt. Israelische Menschenrechtsorganisationen, die sich für bessere Haftbedingungen einsetzen, werden nur mit internationalem politischen Druck auf die israelische Regierung an der Lage der politischen Häftlinge etwas verbessern können.



Administrativhaft wird keinesfalls nur in Ausnahmefällen angewandt, sondern dient vielmehr als Kollektivstrafe. Opfer der Administrativhaft sind politische Kontrahenten und Menschenrechtsverteidiger ebenso wie gewählte Mitglieder des palästinensischen Parlaments. Intellektuelle, Gewerkschafter, Professoren, Studenten, Journalisten und

politische Aktivisten werden in Administrativhaft genommen – ohne dafür irgendwelche Beweise zu benötigen. Gerade Massenverhaftungen z.B. nach Unterzeichnung der Oslo-Abkommen, während der ersten und zweiten Intifada oder während des israelischen Kriegs gegen den Gazastreifen 2008/2009 haben verdeutlicht, dass es nicht um Sicherheitsinteressen, sondern in erster Linie um politische Repression geht. Die Verhängung von Administrativhaft ist gleichbedeutend mit der Verweigerung grundlegender Rechte: des Rechts auf Meinungsfreiheit, des Rechts auf Redefreiheit, des Rechts, sich zu organisieren, des Rechts auf Protest und auch des Rechts auf Selbstbestimmung. Ziel ist die Verhinderung einer Führung, sei sie politisch, kulturell oder sozial, die sich effektiv gegen die Besatzung engagieren könnte. In der internationalen Öffentlichkeit sind diese Fakten wenig bekannt. Israelische Menschenrechtsorganisationen, die sich für bessere Haftbedingungen einsetzen, werden nur mit internationalem politischen Druck auf die israelische Regierung an der Lage der politischen Häftlinge etwas verbessern können.

WIEBKE DIEHL

JUGENDMILITÄRGERICHT

Seit September 2009 gibt es ein eigenes israelisches Jugendmilitärgericht im besetzten Palästina – weltweit einmalig. Dieses Gericht tagt in Ofer, in den selben Räumen wie das Militärgericht für Erwachsene. Vorsitzende des Jugendmilitärgerichts ist seit Jahren Majorin Sharon Rivlin-Ahai.

VOLLJÄHRIGKEIT

Seit September 2011 gelten palästinensische Jugendliche unter dem Besatzungsregime erst mit 18 Jahren als volljährig. Dennoch werden 16- und 17-Jährige weiterhin nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt.

Strafmündigkeit beginnt mit zwölf Jahren. Den meisten Minderjährigen wird Steinewerfen vorgeworfen, die Strafen betragen mindestens sechs Monate, können aber (theoretisch) zwischen fünf und zwanzig Jahren betragen.

Im April 2013 trat eine militärrechtliche Verordnung in Kraft, der zufolge die Minderjährigen spätestens vier Tage nach ihrer Verhaftung vor einem Richter erscheinen sollen. Nach Ansicht von Defence for Children International ändert dies aber nichts an der Tatsache, dass die meisten Minderjährigen direkt bei Verhaftung und erstem Verhör misshandelt werden.

BEHANDLUNG

Bei der Verhaftung, der Fahrt zum Verhör, bei der Vernehmung und bei der Gerichtsverhandlung kommt es zu Beispielen von grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung, wird in einem UNICEF-Bericht festgestellt.

Letztendlich bekennen sich fast alle Minderjährigen für schuldig, um ihre Gefängnishaft abzukürzen. Der Gefängnisaufenthalt hinterlässt bei den Minderjährigen lang andauernde schädigende Wirkungen



Weltweite Solidarität

KIM WESSEL



Deutschland

ALS OP-SCHWESTER IN GAZA

■ Ich bin 22 Jahre alt und arbeite seit 2008 im Klinikum Osnabrück als Operationstechnische Assistentin, landläufig „OP-Schwester“ bezeichnet. Man kann schon an meiner Berufswahl erkennen, dass mir das Wohl anderer Menschen sehr am Herzen liegt. Schon immer wollte ich in der Entwicklungshilfe tätig werden und habe damit auch nie hinter dem Berg gehalten.

Ende 2012 erfuhr ich, dass der Gefäßchirurg unseres Hauses nach Gaza gehen wird, um dort gefäßkranke Menschen, unter anderem auch sehr viele Kinder, zu operieren. Am 18.1.2013 machten wir uns zu dritt, Dr. Schindler, die Assistenzärztin, und ich, auf den Weg nach Frankfurt, mit 180 kg Gepäck: Instrumente und sonstige, medizinisch wichtige Dinge.

Am Flughafen trafen wir Dr. Nael Abusleem. Er war der Initiator des ganzen Unternehmens. Nael selbst kommt aus dem Gazastreifen, wo auch seine gesamte Familie zu Hause ist. Er arbeitet als Radiologe in Kassel und besucht seine Familie so oft es ihm möglich ist. Er war unser Dolmetscher, Mentor und Manager und somit unsere wichtigste Person.

Da es uns nicht möglich war, über Israel nach Gaza einzureisen, ging unser Flug nach Kairo. Nach einer sehr kurzen Nacht in Kairo fuhren wir mit einem Taxi früh morgens Richtung Grenze zum Gazastreifen.

Gaza ist schwer zu beschreiben. Auf der einen Seite eine schöne, gepflegte Empfangshalle und dann, auf dem Weg zum Krankenhaus, viele Bau-ruinen und aufgetürmter Müll an den Straßen. Ich habe unglaublich viele Kinder gesehen; überhaupt waren die Straßen sehr lebendig. Es gab viele Graffiti und Plakate von bewaffneten Kämpfern oder auch von „Kindern“. Unvorstellbar viele Gebäude waren zielgenau zerstört. Man hatte das Gefühl, die Rakete habe die Nadel im Heuhaufen gefunden. Die meisten Wohnhäuser waren sehr trist und heruntergekommen. Oft standen kleine Generatoren an den Straßen, die bei Stromausfällen zum Einsatz kamen. An jedem Tag wurde mehrmals der Strom willkürlich „von außen“ abgestellt. Man konnte es nie voraussehen. Manchmal standen wir plötzlich inmitten einer OP im Dunkeln oder waren in einem Fahrstuhl eingeschlossen.

Wir waren während unseres zweieinhalbwöchigen Aufenthaltes in vier Krankenhäusern. Ein privates, relativ gut ausgestattetes Krankenhaus, ein Kinderkrankenhaus, das Al Shifa Hospital und das European Hospital Gaza, wo wir unsere Operationen durchgeführt haben. Leider ist der hygienische Standard kaum mit dem in deutschen Krankenhäusern zu vergleichen, auch nicht der in den OPs. Die Stationen und die Patientenzimmer sind voll belegt, da sich die eigenen Angehörigen um die komplette Pflege des Patienten kümmern müssen. Handschuhe habe ich nur sehr selten im Einsatz gesehen. Für mich ganz selbstverständliche Dinge wie Alkohol zum Desinfizieren oder „Einmal-Tücher“ zum Abdecken des OP-Feldes waren nicht vorhanden. Wir mussten viel improvisieren.

In dem privaten Krankenhaus konnte Nael einige endovaskuläre Eingriffe durchführen, welche den Menschen viel von ihrer Lebensqualität zurückgaben. Besonders am Herzen lag uns das Kinderkrankenhaus. Wir haben sieben kranke Kinder operiert, um ihnen die Dialyse zu erleichtern. Leider ist diese Art von Behandlung keine Heilung, sondern lediglich eine Erleichterung der Therapiemaßnahmen. Wir haben auch viele erwachsene Menschen behandelt, die sonst wohlmöglich ein Bein oder gar ihr Leben verloren hätten.

In den Sprechstunden und Visiten haben wir viele schlimme Krankheiten gesehen, die nach meiner Meinung z.B. in Deutschland, mit adäquater Behandlung, nicht so ausgeartet wären. Ich muss dazu sagen, dass eine angemessene Behandlung auch in Gaza möglich wäre. Dazu fehlen aber die wichtigen Voraussetzungen. Es gibt in Gaza eine sehr gute Universität, die wir besucht haben. Vielen Ärzten dort mangelt es mit Sicherheit nicht an der Theorie, eher an der Praxis und den Möglichkeiten, Erfahrungen zu sammeln. Alle Pflegekräfte und Ärzte, mit denen wir zusammen gearbeitet haben, waren sehr interessiert und lernwillig. Einige Krankenhäuser haben durchaus gute Gerät-

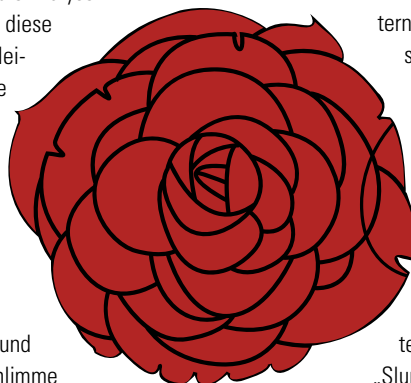
schaften oder beispielsweise Gelenkprothesen, wozu aber leider das Instrumentarium oder das „Knowhow“ fehlt.

Ich habe schnell gemerkt, wie wenig nachhaltig unser Aufenthalt war. Wir konnten einigen Familien helfen und Hoffnung geben. Es fühlte sich für mich aber nur wie der Tropfen auf dem heißen Stein an. Solange diese unüberwindbare Grenze besteht, werden die wenigsten Projekte nachhaltig sein. Es macht mich wütend, da man, meiner Meinung nach, mit relativ wenigen Mitteln eine erhebliche Verbesserung des Gesundheitssystems bewirken könnte.

Was ich sonst noch erzählen kann: Wir haben auf unserer Reise ganz Gaza gesehen – es ist ja auch nicht besonders groß. Je mehr ich gesehen habe, desto mehr habe ich mich eingesperrt gefühlt. Wir waren oft nah genug an der Grenze zu Israel, um Drohnen oder Hubschrauber in der Luft sehen zu können. Selbst nachts im Hotel konnten wir die Grenze hören. Ja, wirklich hören! In einer Entfernung von etwa fünf Kilometern stecken israelische Kriegsschiffe die Grenze ab und sobald sich ihnen etwas näherte, so mein Eindruck, wurde geschossen.

Wir waren auch in den ehemaligen Siedlungsgebieten, die mich teilweise an einen alten Vergnügungspark erinnerten. Einmal sind wir an den „Slums“ vorbei gefahren, was mich auch sehr bewegt hat. Der Lebenswille der Menschen im Gazastreifen ist eiersen.

Die Menschen in Gaza haben mich durch ihren Familienzusammenhalt, ihre Offenheit und ihre Herzlichkeit beeindruckt. Auch die Familie von Nael hat uns liebevoll aufgenommen und betreut. Wir wurden oft beschenkt, geehrt und beweihräuchert, was mir schon fast peinlich war. Diese Menschen sind so dankbar, allein, wenn sie merken, dass sie nicht in Vergessenheit geraten sind.



KIM WESSEL

GAZA BAUT „ARCHE“

【 】 Dieses Mal wird der umgekehrte Weg eingeschlagen: Ein Boot soll von Gaza aus die Blockade durchbrechen. „Gazas Arche“, die vom Deutschen Koordinationskreis Palästina-Israel unterstützt wird, soll palästinensische Produkte aus Gaza herausbringen und so gegen die seit 2007 bestehende Blockade des Gazastreifens protestieren. Dazu wird das 25 Meter lange Fischerboot »Ad-Dahoul« derzeit mit Hilfe eines Ingenieurs im Hafen von Gaza umgebaut. 50 Tonnen landwirtschaftliche und handwerkliche Produkte aus Gaza soll das Schiff laden können. Für den Ankauf eines Schiffes, das zum Frachtschiff ausgebaut und seetüchtig gemacht wird, für die Beschäftigung von Handwerkern in Gaza und für die Herstellung der zu exportierenden Produkte werden Spenden benötigt, die in Deutschland von der DPG gesammelt werden.

„Wenn wir von Gaza aus in See stechen, ist es doch auch sonnenklar, dass wir alles andere als eine Bedrohung für Israel sind. Wir demonstrieren damit für das Recht der Palästinenser auf ein normales Leben“, erläutert David Heap, Professor für Französisch und Linguistik an der Western University von Ontario, Kanada, der bereits auf dem kanadischen Schiff „Tahrir“, ein Jahr nach der Gaza Flottille mit von der Partie war. „Schon die »Tahrir« wurde von vielen jüdischen Vereinigungen in Kanada mitfinanziert, eingetragene Besitzerin ist die Jüdin Sarah Rush. Es waren Christen diverser Konfessionen an Bord, ein Imam, mehrere andere Moslems, Atheisten – und das aus vielen Ländern. Mit der Hamas, die in Gaza regiert, haben wir genau so viel und genau sowenig zu tun wie mit Behörden in jedem anderen Land. In Griechenland mussten wir mit den griechischen Hafenämtern verhandeln und in Gaza müssen wir eben mit den dortigen Behörden reden. Abgesehen davon – wir sind so etwas wie eine Graswurzelbewegung, mit Bürokratie wollen wir nichts zu tun haben.“

ZUSTIMMUNG ZU EU-LEITLINIEN

【 】 Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), die Nahostkommission des Internationalen Versöhnungsbundes (Deutscher Zweig) und die Nahost-Kommission der Internationalen Katholischen Friedensbewegung paxchristi (Deutsche Sektion) sehen die EU-Leitlinien, nach denen Siedlungen keine EU-Förderung mehr erhalten sollen, und einen Konsumverzicht als unterstützende Maßnahmen für die zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde begonnenen Friedensverhandlungen. Sie raten im Sinne eines kritischen Konsumverhaltens und im Einklang mit geltenden Menschenrechts- und Völkerrechtsstandards dazu, auf den Kauf israelischer Siedlungsprodukte aus den durch Israel völkerrechtswidrig besetzten Gebieten zu verzichten. Dafür bedarf es einer deutlichen Herkunftsbenennung.

Kritisch werten es die Organisationen, dass weiterhin der Import von Siedlungsprodukten in die EU zugelassen ist – wenn auch ohne Zollvergünstigung –, was zur Unterstützung und Aufrechterhaltung der Siedlungen beiträgt und dem Ziel der EU-Leitlinien zuwiderläuft.

Frankreich

PROTEST GEGEN MEHADRIN

【 】 Mit einem Protestmarsch in Avignon haben französische Aktivisten gegen den derzeit größten israelischen Obst- und Gemüse-Exporteur Mehadrin demonstriert. Ihre Forderung: Der Handel mit Mehadrin, der auch Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen vertreibt, soll eingestellt werden.

www.mehadrindegage.org

FREISPRUCH FÜR BDS-AKTIVISTEN

【 】 Drei Aktivisten der französischen BDS Kampagne sind nun vor einem Gericht in Perpignan freigesprochen worden. Das Nationale Büro gegen Antisemitismus hatte sie nach einer Boykottaktion israelischer Waren vor einem Supermarkt in Perpignan wegen „Rassismus und Hetze“ verklagt.

Großbritannien

STEPHEN HAWKING REISTE NICHT NACH ISRAEL

【 】 Der an den Rollstuhl gefesselte Astrophysiker Stephen Hawking hat nach einem Bericht der FAZ seine Teilnahme an der „Präsidentenkonferenz“ in Jerusalem abgesagt, auf der am 18. Juni der 90. Geburtstag des israelischen Staatsoberhauptes Schimon Peres gefeiert wurde. Palästinensische Akademiker, die zu einem Boykott Israels aufrufen, hätten ihn davon überzeugt, dass es derzeit nicht richtig sei, nach Israel zu reisen, schrieb Hawking in seinem Absagebrief, in dem er vor den „katas-trophalen“ Folgen der israelischen Politik in den besetzten Gebieten warnte.

RABBINER SETZEN SICH FÜR BEDUINEN EIN

【 】 65 englische Rabbiner haben in einem Brief an Premierminister Benjamin Netanjahu und die Minister Yair Lapid, Tzipi Livni und Meir Cohen gefordert, dass die Gesetzesvorlage zur Vertreibung von Beduinen gestoppt wird. Sie verlangen, dass die historischen Ansprüche der Beduinen auf das Land anerkannt werden und ihre Dörfer Infrastruktur erhalten.

KAIRO GB DRÄNGT KIRCHEN

【 】 „Time for Action“ nennen christliche Organisationen in England ihr Dokument, das in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kairos Palästina Papier entstanden ist. Darin geht es auch um die Anerkennung der historischen Rolle, die Großbri-

tannien in Palästina spielte. Das Kairos Palästina Papier verlange harte Entscheidungen, aber nicht Palästina gegen Israel zu unterstützen oder umgekehrt, sondern für Gerechtigkeit und gegen Repression, für Menschenrechte und politische Rechte und gegen Enteignung, für Freiheit und gegen Besatzung, die Freiheit nicht zulässt, eine Entscheidung für Gewaltlosigkeit und gegen Gewalt, die einen Kreislauf von Hass und Vergeltung hervorbringt. Diese Entscheidungen müssten die Kirchen in Großbritannien dringend fällen.

www.kairosbritain.org.uk

Israel

BOYKOTT DER „ORAL HISTORY“ KONFERENZ 2014

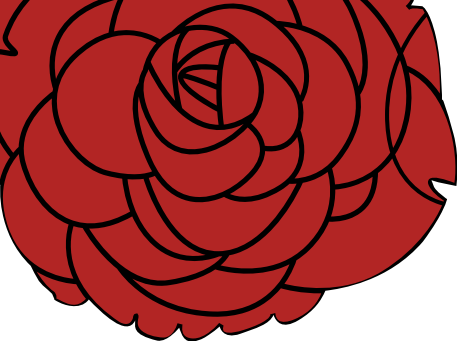
【 】 Zu einem Boykott der internationalen „oral history“ Konferenz 2014 an der Hebräischen Universität Jerusalem haben rund 300 Wissenschaftler weltweit aufgerufen. Die Hebräische Universität sei in besonderer Weise mit der Besatzung verknüpft. So sei ein Teil des Geländes, auf dem die Universität steht, 1968 durch die illegale Enteignung von 3345 Dunam dazu gekommen. Sie würde Palästinenser ungleich behandeln und etwa keine Seminare auf Arabisch anbieten. Sie hätte auch nicht protestiert, als Studenten aus Gaza von der Teilnahme ausgeschlossen wurden. Die Universität schränke die Redefreiheit ein. So habe sie ein Gedenken an die Opfer des Gaza-Krieges verboten, Soldaten, die auf der an anderen Seite daran teilnahmen, hätte sie spezielle Angebote gemacht. Kritisiert wird auch die Zusammenarbeit mit der Universität in der völkerrechtswidrigen Kolonie Ariel.

www.pacbi.org

SCHRIFTSTELLER GEGEN ARMEE

【 】 Israelische Schriftstellerinnen und Schriftsteller setzen sich für palästinensische Dörfer in den Hügeln von Süd-Hebron ein. Zeruya Shalev, Eyal Megged, Sayed Kashua und Alona Kimhi trafen sich im Juni mit Bewohnern des Dorfes Jenbah, die vertrieben werden sollen, weil die israelische Armee dort einen Übungsplatz plant. 24 prominente Schriftsteller haben auf Initiative von David Grossmann einen Appell gegen die Vertreibung unterschrieben, darunter auch Amos Oz und der in diesem Jahr verstorbene Yoram Kaniuk sowie 50 Schriftsteller aus aller Welt wie Eduardo Galeano aus Uruguay, Philip Roth aus den USA und die Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa, J.M.Coetzee, Orhan Pamuk, Herta Müller und Seamus Heaney. Über ihren Unterschriften steht: „Angesichts der bestehenden zynischen und schäbigen Besatzung haben alle und jeder von uns die moralische Verpflichtung, das Leiden zu beenden und etwas zu unternehmen, um die grausame Besatzung in die Knie zu zwingen“.

www.btselem.org/press_releases/20130625_writers_visit_in_firing_zone_918



KEINE GUMMIGESCHOSSE GEGEN DEMONSTRANTEN!

【 】 Die Armee darf keine Gummigeschosse mehr auf Demonstranten in den besetzten Gebieten abfeuern, um Demonstrationen aufzulösen, fordern die Association for Civil Rights in Israel (ACRI) und B'Tselem, nachdem mehrere unbewaffnete Demonstranten bereits tödlich getroffen worden sind und B'Tselem Sprecherin Sarit Michaeli während einer Demonstration angeschossen wurde. Am 19. Juli hatte sie die wöchentliche Demonstration in Nabi Salah gefilmt und wurde dabei von einem Grenzpolizisten in 20 Meter Abstand ins Bein geschossen. Seit dem Jahr 2000 sind mindestens 19 Palästinenser, darunter 12 minderjährige, durch Gummigeschosse ums Leben gekommen.

Japan

HIROSHIMA UND PALÄSTINA

【 】 Örtliche Friedensorganisationen hatten den palästinensischen Naturwissenschaftler und Hochschullehrer Mazin Qumsiyeh aus Bethlehem eingeladen, zum diesjährigen Jahrestag des Atombombenabwurfs in Hiroshima und in Nagasaki auch über Palästina und die internationale Unterstützung für Palästina zu sprechen.

www.qumsiyeh.org

Österreich

MAHNWACHE PROBLEMATISIERTE VERHANDLUNGEN

【 】 Die regelmäßig abgehaltene Mahnwache der Frauen in Schwarz in Wien (Samstag, 14 bis 16 Uhr Graben/Ecke Kohlmarkt) hat den Blick auf die „Augenwischerei der Friedensverhandlungen“ gelenkt: Ihr Scheitern scheint gesichert. Warum? Die USA stehen eindeutig auf Seite Israels. Zwei Staaten waren einmal möglich. Aber heute hat Israel sich soviel palästinensisches Land angeeignet – und enteignet täglich mehr – dass dies ausgeschlossen ist. Wo sollte ein palästinensischer Staat entstehen? Auf unzusammenhängenden Enklaven? Nur ein Ende der Besatzung könnte den Konflikt lösen. Dies würde bedeuten: Ein Staat für alle seine Bewohner mit gleichem Recht für alle.

www.fraueninschwarz.at

Palästina

FREIHEIT FÜR AHMAD SA'ADAT

【 】 Eine internationale Kampagne „Free Ahmad Sa'adat“ fordert die Freilassung des Generalsekretärs der Volksfront zur Befreiung Palästinas und Mitglieds des Parlaments, Ahmad Sa'adat. Seit 2006 ist Sa'adat in israelischer Haft. Er wurde zu 30 Jahren Haft verurteilt aufgrund von sicherheitsbezogenen politischen Anklagen, wie Mitgliedschaft in einer verbotenen politischen Organisation. Er ist Nachfolger von Generalsekretär Abu Ali Mustafa, der im August 2001 in Ramallah durch eine israelische Rakete gezielt getötet wurde.

www.freeahmadsaadat.org

VIERTE BDS-KONFERENZ IN BETLEHEM

【 】 Auf der 4. nationalen BDS-Konferenz in Bethlehem hat die palästinensische BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestment und Sanktionen) darauf hingewiesen, dass Israel bereits von zahlreichen Künstlern gemieden werde, darunter Elvis Costello und Carlos Santana, solange die Armee das Westjordanland besetzt hält. Vergleiche mit „Kauf nicht bei Juden“ der Nazis weist die BDS-Kampagne zurück. „Wir sind dagegen, Juden zu boykottieren, weil sie Juden sind, oder Firmen, weil sie in jüdischem Besitz sind. Wir sind nur gegen die israelische Besatzung“, erwidert Omar Barghouti. „In Deutschland ist es besonders schwer, die ideologische Oberfläche zu durchdringen und eine rationale Debatte zu führen“.

Auf der BDS-Konferenz waren der frühere südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, der Sänger Roger Waters von der Gruppe Pink Floyd und der griechisch-orthodoxe Erzbischof Atallah Hanna anwesend.

Schweiz

KAIRO-UNTERSCHRIFTENAKTION

【 】 Eine Arbeitsgruppe kirchlich engagierter Personen in der Schweiz hat eine Kairos-Palästina Unterschriftenaktion gestartet. „Jeder Anspruch auf ganz ‚Eretz Israel‘ bzw. ganz Palästina zielt letztlich auf die Verdrängung oder Unterdrückung des anderen Volkes.“ Der Appell beinhaltet eine Verpflichtungserklärung zur Unterstützung des gewaltlosen Widerstands gegen die israelische Politik der Besetzung, Besiedlung und Blockade palästinensischer Gebiete zur Unterstützung von Organisationen und Projekten, welche sich in Israel/Palästina für Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit einsetzen. Die Kirchen werden aufgefordert, das Kairos-Dokument

Palästina „Die Stunde der Wahrheit“ in den Kirchgemeinden und Pfarreien zur Diskussion zu stellen und sich für eine offene und faire Diskussion zum Konflikt in Israel/Palästina einzusetzen.

www.kairos-palaestina.ch

USA

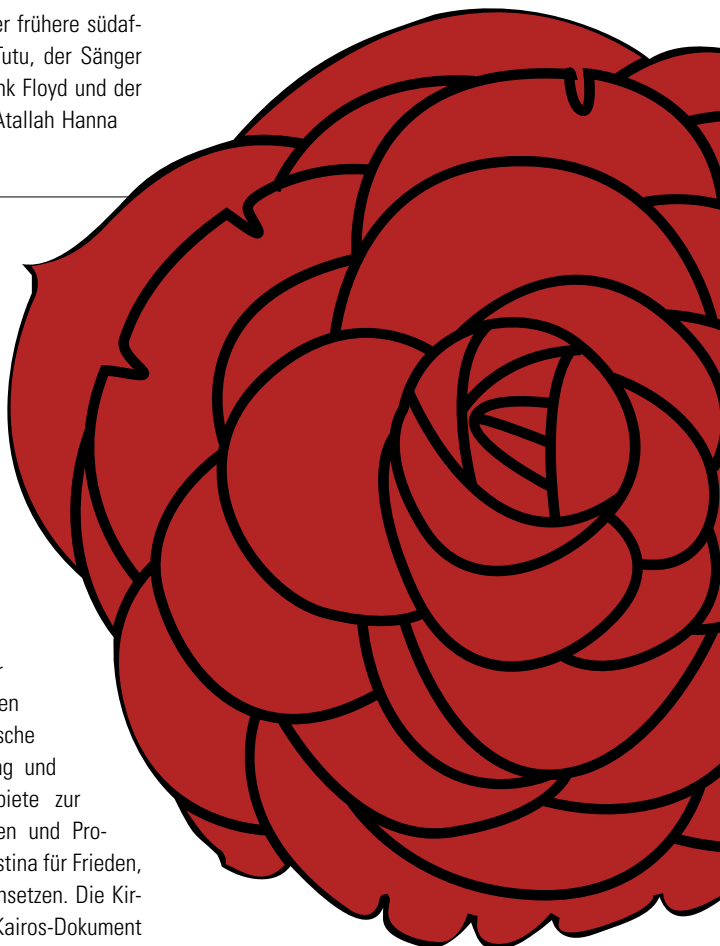
KEINE WAFFEN NACH ISRAEL

【 】 Die US Kampagne für ein Ende der israelischen Besatzung, ein Zusammenschluss von über 400 US-amerikanischen Organisationen, klärt Steuerzahler darüber auf, welche Rüstungsfirmen von den drei Milliarden Dollar aus US-Steuergeldern profitieren, die Israel jährlich aus USA erhält. 50 israelische Rüstungsfirmen sind in den USA tätig, 20 amerikanische Firmen in Israel.

www.weaponstoisrael.org

METHODISTEN BESCHLIESSEN DES INVESTMENT

【 】 Die United Methodist Church von New England, Minnesota, Pacific Northwest and Upper New York will sich von Firmenanteilen trennen, die in die israelische Besatzung von palästinensischem Land verwickelt sind, einschließlich der Firmen Caterpillar, Motorola Solutions, Hewlett Packard und General Electric. Damit haben sie sich einem Beschluss der Kirchen von West Ohio, New York, Northern Illinois, California Nevada and California Pacific angeschlossen.





„UNGESCHMINKTES“ PALÄSTINA REISEHANDBUCH

■ Dieser von einer palästinensischen Reiseagentur geschriebene Reiseführer ist auf dem deutschsprachigen Buchmarkt die erste Veröffentlichung, die Palästina aus palästinensischer Sicht darstellt. Neben der Beschreibung der wichtigsten Landschaften und Städte wie Jerusalem, Bethlehem, Hebron, Nablus und Gaza sowie der bedeutendsten Sehenswürdigkeiten vermittelt das Buch vor allem ein umfassendes Bild der Geschichte, Politik und Kultur der palästinensischen Gesellschaft mit ihren schwierigen Lebensbedingungen unter der de facto immer noch bestehenden israelischen Besatzung (Flüchtlingslager, Checkpoints, Trennmauer, israelische Siedlungen u.a.). Der Idee eines »kulturellen Tourismus« folgend, widmet sich das Buch auch ausführlich den Begegnungsmög-

lichkeiten zwischen Touristen und Palästinensern sowie zwischen Juden, Christen und Muslimen. Wer dieses Buch gelesen hat, weiß danach alles über Palästina! Geschichte, Politik und Kultur werden darin in einer aktualisierten Auflage von 2013 vorgestellt. Ungeschminkt und mit klaren Worten wird Gaza hier als „Israels Soweto“ beschrieben. Das Buch ist übersichtlich gestaltet, hat viele Karten und viele praktische Hinweise. Es sollte vor der Reise gelesen werden – für die Handtasche ist es zu schwer.

JAN GÜNTHER FRENZEL

Alternative Tourism Group: Palästina Reisehandbuch
Geschichte · Politik · Kultur · Menschen · Städte · Landschaften,
Aus dem Englischen von Ellen Hexges und Sandra Krebs,
640 Seiten · ca. 60 Farb- und Schwarzweißfotos
13,5 x 21 cm · Gebunden · € 24,90 (D)
ISBN 978-3-930378-80-7



AKTUELLE LANDKARTEN

■ Aktuelle Karten zur Menschenrechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten und Gaza hat die UN-Organisation UN-OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) in den besetzten palästinensischen Gebieten herausgegeben. Der „Humanitarian Atlas“ vom Dezember 2012 umfasst 31 Karten über Kontrollpunkte und Blockade, Siedlungen, Siedlergewalt etc.

Karten zur Menschenrechtslage in Palästina

Download-Link:

http://www.ochaopt.org/documents/ochaopt_atlas_mobile_version_december2012.pdf



AMNESTY-BROSCHÜRE ZU WASSERNÖTEN

■ Wasser bedeutet Leben. Ohne Wasser können wir nicht überleben, ebenso wenig unsere Tiere und Pflanzen“, klagt eine Bewohnerin des palästinensischen Dorfes Susya. Die Zisternen des Dorfes wurden in den Jahren 1999 und 2001 von der israelischen Armee zerstört. Die palästinensischen Bewohner müssen seitdem weite Wege zurücklegen um Wasser zu besorgen. Dieses ist oft von zweifelhafter Qualität und überbeut. Viele Dorfbewohner sahen sich gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Susya ist kein Einzelfall: Rund 200.000 Palästinenserinnen und Palästinenser haben keinen Zugang zu fließendem Wasser. Während Israel in den Siedlungen Felder mit Sprinkleranlagen bewässert, Gartenanlagen und Swimmingpools unterhält, verweigert es der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten das Recht auf Zugang zum Wasser. Die israelische Armee hat wiederholt Wasserspeicher und Bewässerungssysteme in palästinensischen Dörfern

zerstört und sogar verhindert, dass die Bevölkerung Regenwasser sammeln kann. Israel beansprucht mehr als 80 Prozent des Wassers vom Berg Aquifer. Dies ist die einzige Wasserressource für die Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank. Im Gegensatz dazu verfügt Israel über weitere Quellen und beansprucht auch das Wasser aus dem Fluss Jordan. Während der palästinensischen Bevölkerung pro Person täglich knapp 70 Liter Wasser zur Verfügung stehen, sind es in Israel mehr als 300 Liter, mehr als viermal so viel. In einigen ländlichen Gegenden überleben Palästinenserinnen und Palästinenser mit kaum mehr als 20 Litern. Das entspricht der Wassermenge, welche die Weltgesundheitsorganisation WHO in Notfallsituationen als täglichen Minimalbedarf empfiehlt.

In dem Bericht „Thirsting for justice. Palestinian access to water restricted“ zeigt Amnesty International, wie die diskriminierende Politik Israels das Recht der palästinensischen Bevölkerung auf Wasser untergräbt.



GAZA-KRIEG: AI-BERICHT ÜBER OPERATION „GEGOSSENES BLEI“

■ Am 27. Dezember 2008, um 11.30 Uhr, begann die israelische Armee ohne Vorwarnung ein vernichtendes Bombardement des Gazastreifens, dem sie den Codenamen „Gegossenes Blei“ gab. Ziel dieser Operation war das Ende des Raketenbeschusses durch bewaffnete Gruppen auf Israel. Als am 18. Januar 2009 der Waffenstillstand ausgerufen wurde, waren 1.400 Palästinenser getötet worden, darunter 300 Kinder und Hunderte von unbewaffneten Zivilisten.

Viele der Zerstörungen waren mutwillig und resultierten aus gezielten Anschlägen auf zivile Objekte und wahllosen Angriffen. Solche Angriffe verletzen fundamentale Bestimmungen der internationalen Menschenrechte, vor allem das Verbot von Direktangriffen auf Zivilisten und zivile Objekte, das Verbot wahlloser oder unverhältnismäßiger Angriffe und das Verbot von Kollektivstrafen. Zivilisten wurden bei Angriffen unter Anwendung von Präzisionswaffen, aus der Luft abgeschossenen Bomben und Raketen oder durch Panzerbeschuss getötet.

Luftangriffe von F-16-Kampfflugzeugen zerstörten zivile Wohnhäuser. Dabei wurden einige der Bewohner getötet oder verletzt. Medizinisches Personal wurde am helllichten Tage während der Bergung von Verwundeten durch Raketenbeschuss und andere Präzisionswaffen, die von Helikoptern und unbemannten Flugobjekten, Drohnen oder von Panzern abgeschossen wurden, verwundet oder sogar getötet. Beunruhigende Fragen bleiben unbeantwortet: Warum wurden so viele Kinder und andere Zivilisten mit Präzisionswaffen getötet, wenn deren Benutzer selbst kleine Einzelheiten ihrer Ziele erkennen und weit entfernte, sich bewegende Fahrzeuge exakt treffen konnten? Dutzende Zivilisten wurden durch weniger präzise Waffen wie Artilleriegranaten und Granatwerfer oder Panzerraketen getötet oder verletzt, die zwar genau zielen können, aber Tausende tödliche Metallpfeile mit hoher Geschwindigkeit über einen großen Bereich streuen.

Der übersetzte Bericht „**Wassernöte**“ (Troubled Waters, 132 Seiten, DIN A 4 mit Fotos) und der **AI-Bericht über den Gaza Krieg** (110 Seiten) können als gedruckte Broschüren bei der Amnesty-Gruppe Hagen, info@amnesty-hagen.de kostenlos bestellt werden.

AUSSTELLUNG // HAFT OHNE ANKLAGE

■ Eine Wanderausstellung zum Thema Administrativhaft durch den Staat Israel hat der studentische Verein Handala in Marburg erstellt. Die Ausstellung beruht auf einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt zweier Studentinnen am Politikwissenschaftlichen Institut der Philipps-Universität Marburg.

Auf Tafeln, Installationen und Videodateien wird gezeigt, was Administrativhaft ist, inwiefern ihre Anwendung internationales Recht bricht und was ihre Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten sind.

Zu diesem Zweck wurden Interviews mit ehemaligen Administrativhäftlingen, ihren Angehörigen, Menschenrechtsexperten aus Palästina/Israel und deutschen Politikern geführt sowie andere Gespräche in Genf bei den Vereinten Nationen aufgezeichnet.

Administrativhaft ist eine spezielle Form der Haft, bei der Gefangene ohne Anklage und Gerichtsverfahren für unbestimmte Zeit festgehalten werden. Staaten in denen diese Haftform angewendet worden ist oder immer noch angewendet wird, sind beispielsweise Nordirland, Südafrika (während der Apartheid), USA (Guantanamo Bay) und Israel.

Folgende Forderungen verbinden die Ausstellungsmaacher mit der Ausstellung:

Die von Israel praktizierte Form der Administrativhaft verstößt gegen internationales Menschenrecht. Darüber hinaus erschwert diese Form der Haft maßgeblich einen gerechten Frieden für die Menschen in Palästina und Israel. Deshalb unterstützen wir, die Unterzeichnenden, das Anliegen dieser Ausstellung, über die Administrativhaft sowie die damit einhergehenden Verstöße gegen internationales Recht, zu dessen Einhaltung Israel sich verpflichtet hat, zu informieren.

Wir fordern die Wahrung der Menschenrechte für alle Menschen, ob in Freiheit, unter Besatzung oder in Gefängnissen.

Wir fordern die sofortige Abschaffung der Praxis der Administrativhaft in Israel.

Und wir setzen uns für einen gerechten Frieden zwischen den Menschen in Israel und Palästina ein.

Die Ausstellung wird unterstützt von:

PD Johannes Becker, Annette Groth (MdB), Evelyn Hecht-Galinski, Shir Hever, Michael Ingber, Felicia Langer, Professor Norman Paech, Professor Werner Ruf, Dr. Udo Steinbach, Professor Moshe Zuckermann

Die Ausstellung ist im Juli in Marburg in den Räumen der Evangelischen Studierendengemeinde (ESG) zum ersten Mal gezeigt worden.

Kontaktadresse für interessierte Veranstalter:

Handalamarburg@yahoo.de



KURZFILM // LIKE TWENTY IMPOSSIBLES (KA'INANA ASHRUN MUSTAHEEL)

■ Das besetzte Palästina: eine ruhige Landschaft, die jetzt durch militärische Checkpoints vernarbt ist. Als ein Filmteam sich entscheidet, einen geschlossenen Checkpoint zu umgehen, indem es eine abgelegene Nebenstraße nimmt, entfaltet sich die politische „Landschaft“ und das Team wird langsam von der irdischen Brutalität militärischer Besatzung auseinander genommen. „Like Twenty Impossibles“ fragt ironisch nach künstlerischer Verantwortung und der Politik des Filmemachens und spricht dabei über die Fragmentierung eines Volkes.



Annamarie Jacir, Palästina 2003, Spielfilm, Kurzfilm, 17 Minuten, Arabisch / Englisch / Hebräisch, Untertitel: Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Der mehrfach ausgezeichnete Film kostet als Homevideo 5,- €, mit öffentlichem Vorführrecht 50 €

Bezug: mec film (middle eastern cinemas) Emdener Str. 48d, 10551 Berlin

FILM // WITHIN THE EYE OF THE STORM

■ „Within the Eye of the Storm“ erzählt die Geschichte der Freundschaft zwischen dem Israeli Rami Elhanan und dem Palästinenser Bassam Aramin, zwei Männer, die im Jahrzehnte währenden Nahostkonflikt großes persönliches Leid zu beklagen hatten. Beide verloren durch Gewalt der jeweils „anderen Seite“ ein Kind. Bassam's 10-jährige Tochter Abir wurde Anfang 2007 vor ihrer Schule in Anata, Ost-Jerusalem, von einem israelischen Soldaten erschossen. Rami verlor seine damals 14-jährige Tochter Smadar im Herbst 1997 bei einem Selbstmordattentat in West-Jerusalem.

Bassam und Rami haben sich trotz ihres großen Schmerzes gegen den Weg von Hass und Vergeltung entschieden. Stattdessen begaben sie sich in die schwierige Situation und setzten sich mit dem Leid auseinander, das der „anderen Seite“ widerfahren ist. Sie trafen sich mit palästinensischen und israelischen Familien, die wie sie Angehörige verloren hatten. Gemeinsam trauerten sie, gemeinsam wollten sie aber auch nach Wegen suchen, zukünftige Generationen vor noch mehr Leid und Verzweiflung zu bewahren.

Bassam hatte schon 2005 die Gruppe „Combatants for Peace“ mitbegründet, eine Organisation, die ehemalige israelische und palästinensische Kämpfer zusammenbringt. Nicht mit Waffen, sondern durch Dialog, Informationsarbeit und Druck auf politische Entscheidungsträger wollen sie den Teufelskreis der Gewalt in ihrer Heimat durchbrechen, sich mit gewaltfreien Mitteln für ein Ende der Besatzung einsetzen und die Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern fördern.

„Within the Eye of the Storm“ folgt Bassam und Rami in ihre Familien, bei Vorträgen und in ihre gemeinsame Radioshow. Obwohl nicht der zentrale Fokus, geht der Film auch immer wieder auf die Realitäten unter Besatzung ein. Bassams Klage gegen den Staat Israel wird ebenso verfolgt wie Ramis Auseinandersetzung mit seinem Sohn, der die Entscheidung bezüglich seines Militärdienstes treffen muss.

Regisseurin und Produzentin: Shelley Hermon, Israel 2009–2012, 68'00 Minuten, Original: Hebräisch/Arabisch/Englisch mit deutschen Untertiteln.

Kauf und Verleih:

<http://withineyofstorm.com>





Atfaluna Schule - Hilfe für gehörlose Kinder

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ola war ein schüchternes Mädchen in der neunten Klasse, das nicht gewohnt war, im Mittelpunkt zu stehen. Als ihre Lehrerin sie ermutigte, am „Technologie Wettbewerb“ der Grundschulen teilzunehmen, hatte sie große Hemmungen, da sie glaubte, dass die Leute wegen ihrer Taubheit über sie lachen würden. Doch sie gewann den Wettbewerb. „Als mein Name als Siegerin bekannt gegeben wurde, geschah etwas Großartiges in mir. Ich wurde stark und selbstbewusst und begann über meine Zukunft nachzudenken“.

Die Atfaluna School for Deaf Children bietet 270 tauben Kindern schulische Bildung im Kindergarten, in der Vorschule und in der Grundschule an. Der Unterricht findet hauptsächlich in der palästinensischen Zeichensprache statt. Das Curriculum der Schule beinhaltet Fächer, die von besonderer Wichtigkeit für gehörlose Kinder sind – zusätzlich zu den Fächern wie Arabisch, Englisch, Geographie, Mathematik, etc ... Die Lehrer werden durch spezielle Kurse auf ihre Arbeit vorbereitet. Aufgrund der Armut, unter der die meisten Schüler und Schülerinnen leiden, bietet die Schule – mit Hilfe von Unterstützern – täglich ein warmes Mittagessen an, um die Gesundheit der Kinder zu stärken und dadurch ihre Aufnahmebereitschaft für den Lernstoff zu fördern. Atfaluna ist die einzige Schule für taube Kinder im Gazastreifen.

Die „Atfaluna Gesellschaft für taube Kinder“ ist eine anerkannte palästinensische NGO in Gaza Stadt und bietet seit 1992 Bildung, soziale Dienste und humanitäre Hilfe für gehörlose Kinder und Erwachsene an. Sie sieht ihre Aufgabe darin, die Lebensbedingungen für die taube Bevölkerung im Gazastreifen zu verbessern. Jährlich werden tausende gehörlose Kinder, Erwachsene und Familien durch viele spezielle Programme wie Sprachtherapie, Übung der Zeichensprache, psychische und soziale Betreuung und Beratung erreicht. Durch handwerkliche Ausbildung versuchen sie den Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeiten zu bieten, Geld zu verdienen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Die meisten Kinder, die auf die Atfaluna Schule gehen, kommen aus Familien deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt. Einige Familien leben von weniger als 50 Dollar im Monat und sind auf die Hilfsbereitschaft der Gesellschaft angewiesen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Sie könnten sich keine Therapie für ihre Kinder leisten. Diese Kinder wären ohne schulische Bildung ein Leben lang auf die Hilfe der Familie angewiesen. Sie würden nie für sich selber sorgen können. Mit einer Ausbildung haben sie jedoch die Möglichkeit, einen Beruf zu ergreifen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

BITTE HELFEN SIE MIT IHRER SPENDE, DAMIT DIE ATFALUNA SCHULE AUCH WEITERHIN IHREN DIENST AN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEHÖRLOSEN KINDERN UND IHREN FAMILIEN ERFÜLLEN KANN.

Viele Grüße aus Berlin

INGRID KOSCHORRECK



Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft
bittet Sie um Spenden auf ihr Konto,
DPG e.V., Stichwort „Atfaluna“,
Sparda West, Konto 600339210, BLZ 37060590
BIC: GENODE1SPK
IBAN: DE63 3706 0590 0600 3392 10

**Bitte geben Sie auf dem Überweisungsträger Ihre Adresse an,
damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung
(ab einem Überweisungsbetrag von 100 Euro) zusenden können.**

PROJEKTHILFE

Kunst und Kultur

„Haftzeit“ auf Nummernfriedhöfen

Aus „Im Schatten des Feigenbaums“ von Sumaya Farhat-Naser

14. August

Für gestern war eigentlich ein Seminar mit den Frauen von Ein Arik geplant. Eine von ihnen rief mich an und sagte, das Seminar müsse ausfallen. Die Leichenreste zweier Söhne des Dorfes seien aus dem Nummernfriedhof entlassen worden, und sie gingen alle an die Beerdigung. Ich schloss mich ihnen an.

Auf Druck der über 6000 palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen, die in den Hungerstreik getreten waren, und verschiedener internationaler Kräfte hatte die palästinensische Autonomieregierung mit vielen Anstrengungen erreicht, dass Israel erstmals einwilligte, nicht nur einzelne, sondern gleich einundneunzig palästinensische Leichenreste von insgesamt rund 500 Leichen aus Palästina, Syrien, dem Libanon und Jordanien freizugeben, und dies gar bevor ihre „Haftzeit“ auf den Nummernfriedhöfen abgelaufen war. Vor dem Regierungssitz in Ramallah wurden die Leichenreste, einzeln in palästinensische Fahnen gewickelt, verabschiedet. Dann wurden sie in ihre Dörfer gebracht.

Anís Chalil und Ramsi Schahin aus Ein Arik waren auf der Liste. Beide waren vor einundzwanzig Jahren bei einer Aktion gegen eine israelische Militärpatrouille auf der Sinai-Halbinsel getötet und auf dem Nummernfriedhof begraben worden. Die Übergabe von Ramsi und Anís hatte sich um drei Wochen verzögert, weil

mit Hilfe einer DNA-Analyse die Reste der beiden voneinander getrennt werden sollten. Die Leichen waren anscheinend zusammen in einen Sack gelegt worden.

Dem Begräbniszug von Ramallah nach Ein Arik, mit Polizeiwagen und Hunderten von Autos, geschmückt mit Palästinafahnen und Palm- und Olivenzweigen, schlossen sich Tausende von Menschen an. Über Lautsprecher waren abwechselnd christliche und muslimische Gesänge zu hören. Angeführt wurde der Beerdigungszug von mehreren muslimischen und christlichen Geistlichen, darunter Erzbischof Atallah Hanna aus Jerusalem. Nach der gemeinsamen Abschiedsfeier wurde Anís auf dem muslimischen und Ramsi auf dem christlichen Friedhof beigesetzt. Ramsis Mutter sagte: „Jetzt bin ich sicher, dass er tot ist. Ich bin erleichtert, das zu wissen und ihn hier zu Hause zu haben. Da kann ich ihn auf dem Friedhof besuchen und für ihn beten.“ Sie erzählte auch von ihren drei anderen Söhnen: „Ramsis Tragödie lastete wie ein Schatten auf unserem Leben, wir schwankten stets zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Obwohl ich wusste, dass er nicht mehr lebt, wollte ich es nicht wahrhaben, weil zur Vollendung des Lebenszyklus die würdige Beisetzung gehört. Ich wartete immer auf das Wunder der Rückkehr. Ich bin dankbar, dass es jetzt so weit ist; nun kann ich mich um die anderen Kinder kümmern“.

SUMAYA FARHAT-NASER „IM SCHATTEN DES FEIGENBAUMS“

Lenos Verlag, Basel, 2013, 221 Seiten, 19,90 Euro

Weitere bei Lenos erschienene Bücher von Sumaya Farhat-Naser: Thymian und Steine (1995, Lenos Pocket 2013) Verwurzelt im Land der Olivenbäume (2002, Lenos Pocket 2005) Daughter of the Olive Trees (2003)

Disteln im Weinberg (2007, Lenos Pocket 2008, Smartcover 2012)

Sumaya Farhat-Naser ist 1948 in Birzeit bei Ramallah geboren. Studium der Biologie, Geographie und Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg. Promotion in Angewandter Botanik. Seit 1982 Dozentin für Botanik und Ökologie an der Universität Birzeit in Palästina. Mitbegründerin und Mitglied zahlreicher Organisationen, u.a. von Women Waging Peace an der Harvard-Universität und von Global Fund for Women in San Francisco. Von 1997 bis 2001 Leiterin des palästinensischen Jerusalem Center for Women.

Auszeichnungen: Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Münster, Bruno-Kreisky-Preis, Evangelischer Buchpreis, Mount Zion Award, Augsburger Friedenspreis, Hermann-Kesten-Medaille des P.E.N.-Zentrums Deutschland, Bremer Solidaritätspreis, Profaxpreis und AMOS-Preis für Zivilcourage.



1

S

3

4

2



LOST CHILDHOOD

© Hisham Zreiq (Zrake)

Der 1968 in Nazareth geborene Künstler Hisham Zreiq begann 1996 seine Kunst auszustellen. Der Softwareingenieur gestaltet seine Bilder mit Hilfe des Computers. Seit 2001 lebt er mit Familie in Deutschland. Über „Lost Childhood“ sagt er: „Diese Arbeit erzählt die Geschichte von Kindern, die ihre Kindheit aufgrund von Krieg, Missbrauch und Ähnlichem verlieren.“